und anderen Unternehmen beteiligt haben, spricht dafür, daß ein Teil der ehemals volkseigenen DDR-Betriebe im öffenlichen Besitz oder Einfluß verbleibt. Auch die Geschichte einzelner Unternehmen wie z. B. der Salzgitter AG oder der Volkswagen AG muß als Plädoyer für die zumindest zeitlich begrenzte Beibehaltung von Teilen der DDR-Wirtschaft als öffentliches Beteiligungsvermögen angesehen werden.

Seidel, Petra

Erfahrungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Investitionen in den neuen Bundesländern

in WSI-Mitteilungen 9/1992, Seiten 599–606

Das in den knapp zweieinhalb Jahren von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den neuen Ländern finanzierte Investitionsvolumen in Höhe von 67 Mrd. DM ist beachtlich. Fortschritte bei der Neugestaltung der kommunalen Dienstleistungen und bei der Modernisierung vor allem des privaten Wohnungsbestandes sind unübersehbar. Der Mittelstand gewinnt an Breite, sowohl hinsichtlich der Unternehmensgröße als auch mit Blick auf die erfaßten Wirtschaftsbereiche. Ungeachtet zahlreicher pessimistischer Meldungen kann bisher eine positive Investitionsbilanz gezogen werden. Dennoch wird der Investitionsbedarf in den neuen Ländern noch auf Jahre hinaus hoch bleiben.

Seifert, Hartmut/Wagner, Alexandra

Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern am Scheideweg?

in WSI-Mitteilungen 9/1992, Seiten 620–627

Der Beitrag skizziert zum einen Niveau- und Strukturaspekte der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern. Zum anderen gilt das Augenmerk der Wirkung arbeitsmarktpolitischer Aktivitäten. Dabei zeigt sich, daß Arbeitsmarktpolitik durch ihren anfangs expansiven Kurs in erheblichem Ausmaß dazu beigetragen hat, die Beschäftigungskatastrophe zu mildern. Neuerdings mehren sich Anzeichen, daß die aktive Arbeitsmarktpolitik vor allem aufgrund von finanziellen Engpässen beschnitten werden soll. Die Autoren zeigen damit zusammenhängende Gefahren für die künftige Entwicklung des Arbeitsmarktes auf und verweisen auf neue Aspekte in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion. Der Artikel ist ein Plädoyer für eine offensive und investitionsfördernde aktive Arbeitsmarktpolitik.

Burchardt, Michael

Die Praxis des aktuellen Länderausgleichs und das Problem der Integration der neuen Bundesländer

in WSI-Mitteilungen 9/1992, Seiten 577–590

Der Beitrag befaßt sich mit dem zur Zeit praktizierten Finanzausgleich unter alten wie neuen Bundesländern sowie den Perspektiven und Problemen einer künftigen Integration der neuen Länder in ein bundeseinheitliches Ausgleichsverfahren.

Er gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil bringt eine aktualisierte Darstellung der geltenden Regelungen des Länderfinanzausgleichs einschließlich seiner Probleme und Streitpunkte. Im zweiten Teil wird ein Konzept für die künftige Neuordnung des Ausgleichs zur Diskussion gestellt. Dabei werden zum einen Reformvorschläge für das bisher geltende Verfahren gemacht (z. B. Reduzierung der Mindestauffüllungsgarantie) und zum anderen eine Übergangsregelung für die neuen Länder aufgezeigt, die ihnen das Hineinwachsen in den bundesweiten Länderfinanzausgleich innerhalb eines Zeitraumes von rd. 10 Jahren ermöglichen soll.

Es handelt sich um einen Kompromißvorschlag, der nach Ansicht des Verfassers den Interessen von neuen wie alten Bundesländern gerecht werden müßte. Seine Umsetzungschancen hängen gleichwohl weniger von den hier thematisierten ökonomischen Überlegungen als von politischen Kalkülen und Optionen ab.

Heise, Arne/Ziegler, Astrid

Struktur- und Industriepolitik in den ostdeutschen Bundesländern – Anforderungen an eine beschäftigungsorientierte Alternative –

in WSI-Mitteilungen 9/1992, Seiten 545–555

Der vorliegende Beitrag zeichnet nach zwei Jahren der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten ein Resümee der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur in den neuen Bundesländern nach und zeigt auf, welche Maßnahmen und Instrumentarien zur Forcierung eines sich selbsttragenden Wirtschaftsaufschwungs von den politisch Entscheidenden bisher ergriffen wurden. Dabei spielen genauso regionale wie auch sektorale Elemente eine tragende Rolle.

Durch den Vergleich der Wirtschaftsstrukturen von West- und Ostdeutschland wird erkennbar, daß der seit 1989 zu beobachtende Wandel innerhalb der ostdeutschen Wirtschaft kein nach westdeutschem Muster verlaufender Prozeß ist, denn alle Sektoren und Regionen verbuchen in dem Betrachtungszeitraum enorme Wirtschafts- und Beschäftigungseinbrüche, so daß sich die Frage aufdrängt, ob das auf Westdeutschland ausgerichtete Instrumentarium zur Bewältigung der ostdeutschen Probleme geeignet ist und ob nicht andere unkonventionelle Ansätze entwickelt, ausprobiert und zur Lösung der schwierigen Aufgaben eher eingesetzt werden müßten.

Nolte, Dirk

Zwischen Privatisierung und Sanierung

– Zwei Jahre Treuhandpolitik –

in WSI-Mitteilungen 9/1992, Seiten 555–563

Der Beitrag untersucht die Politik der THA nach ihrer nun gut zweijährigen Tätigkeit. Es lassen sich drei Politikphasen mit unterschiedlichen Grundkonzeptionen identifizieren. Besondere Bedeutung haben die seit Frühjahr 1992 teilweise praktizierten Fonds- und Beteiligungsmodelle, wo Banken und private Unternehmen – auch in Zusammenarbeit mit einem Bundesland – THA-Unternehmen übernehmen, sanieren und anschließend veräußern sollen: Deutsche Industrie-Holding, Sachsenfonds, Management KG u. a. Hier sind durchaus *Möglichkeiten und Ansätze einer aktiven Sanierungspolitik* zu erkennen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit es sich um punktuelle Sanierungsmaßnahmen handelt oder ob – insbesondere im Hinblick auf die Management KGen – Schlüsselbranchen systematisch erfaßt werden. Nur dann besteht die Chance, die fortgeschrittene De-Industrialisierung in den neuen Bundesländern zu stoppen.

Hickel, Rudolf

Föderaler Finanzausgleich im vereinten Deutschland nach 1995 – Eine Problemskizze –

in WSI-Mitteilungen 9/1992, Seiten 563–576

Durch den Einigungsvertrag sind die Regelungen des Grundgesetzes zum horizontalen und vertikalen Finanzausgleich, die auf eine Umverteilung der öffentlichen Einnahmen zugunsten der finanzkraftschwachen Bundesländer zielen, ausgesetzt worden. Auch ohne die deutsche Einigung hat sich jedoch seit der letzten Finanzreform von 1970 erheblicher Reformbedarf aufgestaut. Schließlich kann die Gestaltung der bundesdeutschen Finanzverfassung nicht ohne die Entwicklung der Haushaltspolitik der EG diskutiert werden.

Mit diesem Beitrag verbindet sich das Ziel, die bisherige Funktionsweise, aber auch Fehlentwicklungen der Ebenen des Finanzausgleichs zu durchleuchten. Dadurch werden Eckpunkte einer Reform sichtbar gemacht. Die dem Finanzausgleich vorgelagerten Fragen nach der Aufgaben- und Ausgabenverteilung sowie der Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften und die EG werden berücksichtigt. Schließlich wird gezeigt, daß eine Ausdehnung des bisher geltenden vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs auf die ostdeutschen Länder und Kommunen dieses System sprengen müßte.

Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes

WSI Mitteilungen

10/1992
Oktober
45. Jahrgang

Das „Teilen“ will nicht gelingen

– Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1991 –

Von Claus Schäfer*)**)

1. Einleitung

Drei Jahre nach der „Wende“ in der ehemaligen DDR und zwei Jahre nach der Einigung ist Deutschland entgegen ursprünglichen Hoffnungen, Erwartungen und Versprechen in vielen Bereichen immer noch ein geteiltes, ja zumindest bei Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung *gespaltenes Land*. Das schlägt sich notgedrungen auch in der Einkommensverteilung nieder, wo die arbeitsmarktabhängige *Primär*verteilung des Ostens wie seine weitgehend transferabhängige *Sekundär*verteilung als tiefgreifend neues, in Niveau und Struktur sehr verschiedenes Verteilungsproblem zu den „klassischen“ Verteilungsproblemen im Westen hinzukommt und diese zu überlagern beginnt. Wegen dieser Unterschiede und Spaltungen zwischen West und Ost ist an eine einheitliche bzw. gesamtdeutsche Darstellung der Einkommensverteilung noch lange nicht zu denken. Auf absehbare Zeit ist eine solche einheitliche Darstellung ohnehin auf der operationalen Ebene *nicht möglich*, weil die statistischen Informationen einschließlich der amtlichen Statistik im Osten Breite und Tiefe des im Westen verfügbaren Standards nicht erreichen. Doch selbst wenn das der Fall wäre, ist eine einheitliche Darstellung – z. B. eine einheitliche Lohn- oder „Gewinnquote“ – *nicht sinnvoll*, weil sie nur rechnerischen Wert hätte, ansonsten aber die Unterschiede zwischen Ost und West nur verdecken würde. Deshalb wird dieser Bericht – wie auch wahrscheinlich zukünftige ebenso – in West- und Ost-Berichterstattung *gespalten* sein. Verbindung stellt allein das „Teilen“ als Synonym für Verteilungsprobleme und darin auch gegenseitige Abhängigkeiten her. Aber ob *„Teilen* (die Menschen) *verbindet“* im Sinn der gleichnamigen *DGB-Kampagne* des Jahres 1992, ist eine ganz andere Frage; auf sie wird am Schluß dieses Beitrags noch zurückzukommen sein.

Gliederung

1. Einleitung
2. Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung
   2.1 . . . im Westen
   2.2 . . . im Osten
3. Individuelle Arbeitseinkommen (von Vollzeitbeschäftigten)
4. Haushalts-Einkommen der sozialen Gruppen
5. Aus dem Erwerbsleben ausgegrenzte Personen und Haushalte
6. Zukünftige Verteilungspolitik: „Geteiltes Leid ist halbes Leid?“

2. Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

2.1 . . . im Westen

Auf den ersten Blick scheint sich die Verteilungsentwicklung in 1991 gegenüber den Vorjahren etwas besser, das heißt zugunsten der Arbeitnehmer, darzustellen; die *bereinigte Lohnquote* ist leicht gestiegen (von 65,4 auf 65,9 vH; siehe *Tabelle 1*), während die gesamtwirtschaftlichen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen brutto wie netto die Entwicklungsdynamik der Vorjahre verloren haben (+ 5,4 vH bzw. + 4,2 vH; siehe *Tabelle 2*). Doch dieser Blick täuscht, wie weitere und feinere statistische Indikatoren belehren:

*) Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf.
**) Der Autor bedankt sich für wertvolle Hilfestellung im WSI bei *Rudolf Görlich* und *Ingrid Krippes* für Pflege und Auswertung des Verdienststatistik-Programms, insbesondere bei *Rudolf Görlich* für mehrere einkommensstatistische Einzelberechnungen.

Tabelle 1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1990

– alte Bundesländer –

Jahr	Tatsächliche Brutto-lohnquote[1])	Arbeitnehmerquote[2])		Struktur-bereinigte Brutto-lohnquote[3])
	vH	vH	1970 = 100	vH
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1965	65,3	80,9	97,0	67,3
1970	68,0	83,4	100,0	68,0
1975	74,1	86,0	103,2	71,9
1980	75,8	88,3	105,9	71,6
1981	76,8	88,4	106,0	72,4
1982	76,9	88,5	106,0	72,5
1983	74,6	88,4	106,0	70,4
1984	73,4	88,5	106,1	69,2
1985	73,0	88,6	106,2	68,7
1986	72,1	88,7	106,3	67,8
1987	72,6	88,9	106,6	68,1
1988	71,5	89,0	106,7	67,0
1989	70,5	89,2	107,0	65,8
1990[4])	70,2	89,6	107,4	65,4
1991[4])	71,0	89,8	107,7	65,9

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 2) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inländer). – 3) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 4) Ab 1990 vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 14. – Berechnungen des WSI.

So zeigen zwar die gesamtwirtschaftlichen *Arbeitseinkommen pro Kopf* (in *Tabelle 5*) bei der *Brutto*entwicklung mit einem Zuwachs von 6,1 vH eine sehr starke Korrespondenz zur konjunkturellen Situation in 1991, die auch von den im Vorjahresvergleich überdurchschnittlich hohen durchschnittlichen Tariflohn- und -gehaltserhöhungen von 6,0 vH widergespiegelt wird. Allerdings fällt die *Netto*entwicklung mit 3,1 vH nur halb so kräftig aus, und die reale Veränderung ist sogar leicht *negativ* (mit minus 0,5 vH). Das heißt, die tarifpolitischen Anstrengungen der Gewerkschaften wurden mehr als konterkariert durch die ebenfalls konjunkturell bedingten, überdurchschnittlich hohen Preissteigerungsraten von 3,6 vH, aber auch von den 1991 vor allem wegen der Finanzierung der Vereinigungslasten erhöhten staatlichen Abgaben. Damit ist die „Mehrjahres-Bilanz" der Arbeitseinkommens-Entwicklung seit 1980 wieder verschlechtert. Kumuliert für den ganzen Zeitraum bis 1991 haben die durchschnittlichen Arbeitseinkommen *netto real* nur um magere 6,3 vH zugenommen.

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliches Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
(ohne Staat)

– alte Bundesländer –

Jahr	Bruttoeinkommen		Nettoeinkommen	
	Mill. DM	Veränderung (vH)	Mill. DM	Veränderung (vH)
1980	287 500	x	226 530	x
1981	288 540	+ 0,4	229 160	+ 1,2
1982	294 080	+ 1,9	235 500	+ 2,8
1983	344 020	+17,0	284 960	+21,0
1984	379 510	+10,3	316 890	+11,2
1985	400 890	+ 5,6	329 650	+ 4,0
1986	441 360	+10,1	367 800	+11,6
1987	456 040	+ 3,3	386 740	+ 5,1
1988	506 080	+11,0	430 220	+11,2
1989	541 320	+ 7,0	451 230	+ 4,9
1990	587 370	+ 8,5	503 440	+11,6
1991	619 210	+ 5,4	524 430	+ 4,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18. – Berechnungen des WSI.

Die Steuer- und Abgabenerhöhungen von 1991 haben zugleich eine seit 1980 noch nie dagewesene *Abgabenquote* von 32,5 vH auf die Arbeitseinkommen erzeugt: Die durchschnittliche *Lohnsteuerbelastung* ist mit 17,9 vH fast genauso hoch wie 1989 (18,0 vH) und damit die zweithöchste seit 1980 – und das nur ein Jahr nach der letzten Stufe der „größten Steuerreform aller Zeiten", die 1990 eine durchschnittliche Lohnsteuerbelastung von 16,2 vH ermöglicht hatte. Die durchschnittliche *Sozialabgaben-Belastung* 1991 mit 14,6 vH ist sogar die höchste seit 1980. Die erneut erhöhte Steuerbelastung geht im wesentlichen auf den zum 1. 7. 1991 eingeführten Solidarzuschlag zur Einkommensteuer, aber auch auf das wegen gestiegener Bruttolöhne schon wieder stärkere Zugreifen des Steuerprogressionseffekts zurück. Die gestiegene Sozialabgabenbelastung reflektiert den zum 1. 4. 1991 deutlich erhöhten Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung, dessen Effekt nur wenig durch den gleichzeitig leicht heruntergesetzten Beitragssatz zur Rentenversicherung kompensiert werden konnte, und die im Laufe des Jahres erhöhten Beitragssätze verschiedener Krankenversicherungen bei gleichzeitig erhöhten Beitragsbemessungsgrenzen. Beim Vergleich des „Steuerreform-Jahres 1990" mit dem „Vereinigungsboom-Jahr 1991" ist man fast versucht, das Finanzgebaren des Staates mit der betriebswirtschaftlichen Formel einer „Schüttaus, Hol-zurück-Politik" zu umschreiben.

Gleichzeitig hat sich die Gewinn- und Ertragssituation der deutschen *Produktionsunternehmen* (also des Unternehmenssektors im engeren Sinn ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) weiter verbessert. Die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachgewiesenen Unternehmensgewinne der Unternehmen mit *eigener* Rechtspersönlichkeit (also im wesentlichen der Kapitalgesellschaften) – die hier traditionell als verläßlicher Indikator der Gewinnentwicklung auch für andere Unternehmen genutzt werden – sind brutto und vor allem netto wieder kräftig angestiegen (siehe *Tabelle 3*). Ihre durchschnittliche Belastung mit *direkten* Unternehmensteuern ist zugleich mit 21,2 vH so niedrig wie noch nie seit 1980 (33,6 vH) und damit in einem guten Jahrzehnt um mehr als ein Drittel des Ausgangswertes gesunken, obwohl sich in der zweiten Jahreshälfte 1991 auch bei den Unternehmen der befristete Solidarzuschlag hat bemerkbar machen müssen.

Tabelle 3

Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

– alte Bundesländer –

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne				Direkte Steuern		Netto-Unternehmensgewinne				Durchschnittl. Steuerbelastung	
	Mill. DM		Veränderung (vH)		Mill. DM		Mill. DM		Veränderung (vH)		vH	
	nach[1])	vor[2])	nach	vor	nach	vor	nach	vor	nach	vor	nach	vor
1980	77 270	68 270	–1,1	–	25 950	26 380	51 320	41 890	1,2	–	33,6	38,6
1981	85 860	73 460	11,1	7,6	25 250	25 660	60 610	47 800	18,1	14,1	29,4	34,9
1982	91 290	82 320	6,3	12,1	26 720	27 140	64 570	55 180	6,5	15,4	29,3	33,0
1983	112 130	98 210	22,8	19,3	29 610	29 610	82 520	68 600	27,8	24,3	26,4	30,1
1984	125 300	110 550	11,7	12,6	34 450	34 460	90 850	76 090	10,1	10,9	27,5	31,2
1985	133 010	117 650	6,2	6,4	39 220	39 230	93 790	78 420	3,2	3,1	29,5	33,3
1986	142 870	118 700	7,4	0,9	38 500	38 800	104 370	79 900	11,3	1,9	26,9	32,7
1987	143 210	121 290	0,2	2,2	34 500	34 500	108 710	86 790	4,2	8,6	24,1	28,4
1988	153 740	132 050	7,4	8,9	37 590	37 640	116 150	94 410	6,8	5,0	24,5	28,5
1989	164 910	–	7,3	–	43 280	43 270	121 630	–	4,7	–	26,2	–
1990	180 560	–	9,5	–	38 680	–	141 850	–	16,6	–	21,4	–
1991	194 600	–	7,8	–	41 280	–	153 320	–	8,1	–	21,2	–

[1]) nach der VGR-Revision 1991. – [2]) vor der VGR-Revision 1991.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Stand: Mai 1992). – Berechnungen des WSI.

Damit liegt diese durchschnittliche Belastung mit direkten Steuern nur noch wenig über der schon oben erwähnten durchschnittlichen Belastung der Arbeitseinkommen durch direkte Steuern (17,9 vH).

Auf die in *Tabelle 3* enthaltenen Daten *nach* der *Revision* der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1990, die die kontinuierliche Steuer*ent*lastung der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit noch deutlicher abzeichnen als *vor* der Revision, ist bereits der letztjährige WSI-Verteilungsbericht eingegangen. Auch auf die Repräsentativität der Gewinnsituation von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit für solche ohne eigene Rechtspersönlichkeit (also im wesentlichen Personengesellschaften) ist dort hingewiesen worden. Bekanntlich ist der Analogieschluß von ersteren zu letzteren deshalb nötig, weil die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit aus verschiedenen Gründen keine Steuerbelastungen zurechnet[1]).

Schließlich ist man aber auf den erwähnten Analogieschluß alleine nicht angewiesen: *Für* alle Produktionsunternehmen liegen unabhängig von ihrer Rechtsform weitere statistische Informationen und Indikatoren vor, die eine gute bis sehr gute Gewinn-, Liquiditäts- und Renditesituation konstatieren lassen[2]). Hier sollen stellvertretend Informationen der *Deutschen Bundesbank* über die „Vermögensbildung der westdeutschen Produktionsunternehmen und ihre Finanzierung" seit 1980 referiert werden (siehe *Tabelle 4*)[3]). Danach haben sich nicht nur die Gewinne der Produktionsunternehmen seit 1980 deutlich erhöht; vielmehr hat sich die *gesamte* Liquiditätsausstattung der Produktionsunternehmen geradezu dramatisch verbessert. Folglich konnten diese ihre jährliche Sachvermögensbildung bzw. ihre Bruttoinvestitionen bis heute rund *verdoppeln* und trotzdem noch gleichzeitig ihre jährliche Geldvermögensbildung sogar rund *vervierfachen*. Innerhalb der Geldvermögensbildung hat sich der Kauf von Beteiligungen an anderen Unternehmen sogar *verfünffacht*, wobei auch in den letzten zwei Jahren der weit größere Teil dieser Gelder ins westliche Ausland und hier vor allem in die gewinnträchtigen EG-Länder fließt und nur zu einem kleinen Teil in die risikoträchtigen neuen deutschen Bundesländer[4]). Allein in die Republik *Irland* sind 1991 nach Angaben des *Bundeswirtschaftsministeriums* Beteiligungen in Höhe von 6,6 Mrd. DM geflossen[5]); das macht pro Kopf der Bevölkerung *Irlands* (3,5 Mill. Personen) ungefähr das *Doppelte* dessen aus, was 1991 von den westdeutschen Unternehmen (ohne Bahn und Post) aus *eigenen* Mitteln, also nach Abzug staatlicher Subventionen und Steuervergünstigungen, in den neuen Bundesländern investiert wurde, nämlich schätzungsweise rund 15 Mrd. DM[6]). Jedenfalls hat die verbesserte Liquidität bzw. die zunehmende jährliche Vermögenbildungsfähigkeit der Produktionsbetriebe auch den inzwischen angesammelten Kapitalstock und den angehäuften Bestand an Geldvermögen kräftig ausgedehnt.

[1]) Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung).

[2]) Zur Berechnung von Renditen vgl. z. B. *DGB-Bundesvorstand*, Enormer Gewinnvorsprung vor den Löhnen bleibt weiterhin bestehen – zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen und Renditen in Westdeutschland einschließlich Berlin (West), in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 5/1992.

[3]) Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1991, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1992, S. 15 ff.

[4]) Zu beachten ist, daß die in der *Tabelle 4* ausgewiesenen Beteiligungskäufe nur eine Untergrenze darstellen, weil von der *Bundesbank* im Inland nur die Unternehmenskäufe in Form von *Aktien*übernahme anderer Unternehmen erfaßt werden.

[5]) Vgl. die entsprechende Statistik des *Bundesministeriums für Wirtschaft*, abgedruckt in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik 25/1992.

[6]) Vgl. Zur Struktur der Investitionen westdeutscher Unternehmen in Ostdeutschland, z. B. *Neumann, F.*, Neue Bundesländer: Unternehmensinvestitionen weitgehend durch westliche Engagements getragen, in: IFO-Schnelldienst 6/1992, S. 6 f.

Tabelle 4

Vermögensbildung der Produktionsunternehmen[1]) und ihre Finanzierung
– in Mrd. DM –
– alte Bundesländer –

	1980	1986	1987	1988	1989[11])	1990[11])	1991[12])
Sachvermögensbildung bzw. Bruttoinvestitionen	185,0	218,5	226,9	253,7	290,9	316,8	356,6
– Sachanlagen	173,7	215,6	227,5	243,4	270,2	308,7	347,5
– Vorräte	11,3	2,9	– 0,6	10,3	20,7	8,1	9,1
nachrichtlich: Nettoinvestitionen[2])	60,8	47,2	50,3	69,8	95,7	108,2	129,0
Geldvermögensbildung	42,1	53,9	55,9	78,3	112,1	187,4	140,0
– bei Banken	20,2	49,1	32,0	35,8	67,6	80,5	44,3
kurzfristig	21,0	46,3	25,5	29,7	62,7	78,9	44,7
langfristig	– 0,8	2,8	6,5	6,1	4,9	1,6	– 0,5
– in festverzinslichen Papieren	0,4	– 2,2	3,9	2,8	7,1	43,0	32,2
– in Beteiligungen[3])	10,5	5,7	12,7	19,3	8,2	44,3	49,4
– in sonstigen Forderungen	11,0	1,3	7,3	20,3	29,1	19,6	14,1
Insgesamt	227,1	272,4	282,8	332,1	403,0	504,2	496,6
Selbstfinanzierung durch							
– Eigenfinanzierung[4])	131,9	211,0	216,2	237,3	255,8	286,9	292,3
Abschreibungen	124,2	171,1	176,4	183,9	195,2	208,6	227,6
Gewinne und Sonstiges[5])	7,7	39,9	39,8	53,4	60,6	78,3	74,7
– Außenfinanzierung durch Aktienemission	5,2	12,3	8,9	5,3	13,4	21,9	9,2
– weitere Innenfinanzierung[6])	21,0	19,0	20,0	31,7	44,4	46,7	31,1
Fremdfinanzierung durch kurz- und langfristige Kredite von Banken, Versicherungen, Kapitalmarkt[7])	69,0	30,1	37,6	57,8	89,4	108,3	144,5
Insgesamt	227,1	272,4	282,8	332,1	403,0	463,8	477,0
Statistische Differenz[8])	–	–	–	–	–	40,4	19,6
Nachrichtlich:							
Bestände an							
– Geldvermögen insgesamt[9])	642,00	1 139	1 151	1 204	1 369	1 538	1 673
darunter: flüssige Mittel[10])	204,00	335	369	402	446	520	595
– Schulden insgesamt (einschließlich Aktienumlauf[9])	1 065,00	1 503	1 563	1 645	1 765	1 923	2 111
darunter: kurzfristige Verbindlichkeiten	255,00	357	344	346	375	424	485

1) Ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen (Banken, Versicherungen u. ä.). – 2) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. – 3) Erwerb von Aktien im In- und Ausland sowie sonstige Beteiligungen im Ausland – einschließlich 1990 und 1991 in Ostdeutschland (1991 ca. 25 Mrd. DM nach Angaben der Bundesbank). – 4) Nach Definition der Bundesbank; im wesentlichen Abschreibungen, Gewinne nach Steuern, Subventionen. – 5) Im wesentlichen nichtentnommene Gewinne nach Steuern, Subventionen, sonstige Vermögensübertragungen. – 6) Durch „Sonstige Kredite" – d. h. weder von Banken noch von Versicherungen –, die nach Angaben der Bundesbank „im wesentlichen Darlehen öffentlicher Haushalte und Pensionsrückstellungen" enthalten; ein großer Teil dieser Kredite dürfte allerdings wie die Pensionsrückstellungen Eigenmittelcharakter besitzen. – 7) Einschließlich (kurzfristige) Geldmarktpapiere. – 8) Restposten im Finanzierungskonto der „übrigen Welt" (einschließlich der neuen Bundesländer) aufgrund statistisch nicht aufgliederbarer Vorgänge im Zahlungsverkehr mit dem Ausland sowie mit den neuen Bundesländern. – 9) Jahresdurchschnitte; darunter Wertpapiere zu Tageskursen. – 10) Bestände an Bargeld und Sichteinlagen, Guthaben auf kurzfristigen Terminkonten bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Bestand an festverzinslichen Wertpapieren. – 11) Vorläufige Ergebnisse. – 12) Teilweise von der Bundesbank geschätzt.

Quelle: Deutsche Bundesbank (Monatsbericht 5/1992) – Berechnungen des WSI.

Auch die *Bundesbank* selbst kommt angesichts solcher Zahlen nicht umhin zuzugestehen, daß die Liquiditätsausstattung der deutschen Produktionsunternehmen noch nie so gut war[7]). Zwar versucht die *Bundesbank* diese hohe Liquidität zu rechtfertigen und zu verteidigen, doch man spürt dabei die abwiegelnde Absicht. Aus ihrer Sicht heißt es: Die „Mittel stehen nicht zur Verteilung zur Verfügung"[8]), weil – so könnte man in ihrem Sinne fortfahren – diese Mittel eine scheinbar unumgänglich notwendige „stabile finanzielle Basis für zukünftige Risiken und Herausforderungen" sind oder sein müssen[9]). Die Zukunft als Risiko und Herausforderung ist immer wohlfeil, bzw. finanzielle Polster dafür oder dagegen kann man nie genug haben. Konkret aber sind mit Risiken und Herausforderungen offenbar diejenigen der deutschen Vereinigung bzw. von Investitionen in den neuen Bundesländern *nicht* gemeint; da lockt dann schon weit mehr – so signalisieren es die Beteiligungen im westlichen Ausland – der kommende *europäische* Binnenmarkt. Die *Deutsche Bundesbank* stellt auch die 1991 rund 600 Mrd. DM betragenden „flüssigen Mittel" der Produktionsunternehmen deren „kurzfristigen Verbindlichkeiten" in Höhe von rund 480 Mrd. DM gegenüber (siehe *Tabelle 3* unter „Nachrichtlich"), um mit dieser Relation die Notwendigkeit zu bekräftigen, daß die unternehmerische Zahlungsfähigkeit im Rahmen des laufenden Produktionsprozesses aufrechtzuerhalten ist[10]). Doch tatsächlich geht die

[7]) Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1991, S. 14 ff., hier S. 17; vgl. auch *dieselbe*, Vermögensbildung . . . 1991, a.a.O.

[8]) Vgl. ebenda, S. 20.

[9]) Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse der westdeutschen Unternehmen im Jahre 1990, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 11/1991, S. 15 ff., hier S. 21.

[10]) Vgl. *dieselbe*, Vermögensbildung . . . 1991, a.a.O., S. 20.

gesamte Unternehmens-Liquidität – zumindest inzwischen – weit über solche „Notwendigkeiten" hinaus und verselbständigt sich dabei teilweise: Neben die Produktion von Waren und Dienstleistungen kann aufgrund der Liquiditätspolster auch die „Produktion" von Zinserträgen treten. Auch die von der Bundesbank geübte und in *Tabelle 3* übernommene Gegenüberstellung von „Geldvermögen" einerseits sowie „Schulden und Aktienumlauf" andererseits suggeriert ein Potential von Ansprüchen an die Unternehmen von außen, das in dieser Höhe de facto nicht besteht. Denn für die in dritten Händen befindlichen Aktien der Produktionsunternehmen („Aktienumlauf"), deren Tageswert Ende 1990 gut 200 Mrd. DM betrug, müssen keine normalen Kreditverpflichtungen vergleichbare Zinslasten erbracht werden, und vor allem muß dieses Aktienkapital (von der seltenen Ausnahme der Unternehmensliquidation abgesehen) niemals zurückgezahlt werden. Schließlich blendet diese Gegenüberstellung die Sachvermögensbildung völlig aus.

Man fragt sich letztlich angesichts der geschilderten Daten zur Liquiditätslage wie zur Steuerbelastung der Unternehmen, wie die verbreitete Forderung nach weiterer Steuer*ent*lastung der Unternehmen gerechtfertigt werden soll – zumal neben der nationalen Lage auch der internationale Steuerbelastungsvergleich dafür nichts, d. h. keine Besserstellung der ausländischen Wettbewerber, hergibt[11]). Selbst die bis in Kreise der Opposition und der Gewerkschaften hineinreichende Forderung nach einer zumindest aufkommens*neutralen* „Unternehmensteuer-Reform" ist deplaziert. Angesichts des Kapitalbedarfs in den neuen Bundesländern einerseits sowie der fehlenden freiwilligen Investitionsbereitschaft potentieller westdeutscher Investoren dort andererseits kann das Gebot der Stunde doch nur sein, einen Teil der reichlichen Unternehmensliquidität durch *höhere* Unternehmensteuern abzuschöpfen und zwangsweise über den Staat in die neuen Länder zu transferieren. Wegen der Liquiditätspolster ist das sogar konjunkturunschädlich, insbesondere wenn die Erhöhung der direkten Steuern auf *„höhere"* Gewinne (und Einkommen von Privatpersonen) beschränkt bleibt; allenfalls die Geldvermögensbildung der Produktionsunternehmen und darunter ihre Beteiligungskäufe im Westen würden durch höhere Steuern eingeschränkt – und selbst dem könnte man noch wettbewerbspolitische Vorteile abgewinnen.

2.2 . . . und im Osten

Wieviel anders sieht die Verteilungssituation dagegen in Ostdeutschland aus! Dort gibt es ein „Volkseinkommen", das auf der „Entstehungsseite" im wesentlichen aus Löhnen und Gehältern besteht, die aber in vielen Fällen (insbesondere Kurzarbeit Null) nicht mit entsprechender Produktion korrespondieren. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gibt es

[11]) Siehe zu letzterem insbesondere den informativen Artikel im Handelsblatt vom 21. 4. 1992: „Steuervergleich – Die deutsche Abgabenquote ist sehr niedrig – Nur für die Kapitalgesellschaften ist die Bundesrepublik ein schlechter Standort". Allein der letzte Teil dieser Überschrift und der themengleiche Abschnitt im Artikel selbst, der die Position des *Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW)* zur Steuerbelastung der deutschen Kapitalgesellschaften unkritisch referiert, sind korrekturbedürftig; denn das *IW* stellt auf die maximalen und kumulierten *de jure* Steuersätze der Kapitalgesellschaften ab (66,2 vH durch Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer usw.), während die *de facto* Steuerbelastung weit niedriger liegt – wie es in der hier abgedruckten *Tabelle 3* für die Belastung mit direkten Steuern in Höhe von 21,2 vH in 1991 belegt wird; s. o.

Tabelle 5

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen
– alte Bundesländer –

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn- und -gehaltserhöhungen[1])	Preise[2]) (Veränderung)	Abzüge[3])			Durchschnittliches Arbeitseinkommen[4])				Reale Veränderung (netto)
			Lohnsteuer	Sozialabgaben	Gesamte Abzüge	Brutto		Netto		
						absolut	Veränderung	absolut	Veränderung	
	vH	vH	vH	vH	vH	DM	vH	DM	vH	vH
1980	+ 6,7	+ 5,3	15,8	12,8	28,7	2 474	+ 6,6	1 765	+ 5,2	– 0,0
1981	+ 5,5	+ 6,3	15,7	13,1	28,8	2 593	+ 4,8	1 847	+ 4,6	– 1,6
1982	+ 4,0	+ 5,4	16,0	13,4	29,4	2 695	+ 3,9	1 904	+ 3,1	– 2,2
1983	+ 3,3	+ 3,2	16,4	13,6	30,0	2 781	+ 3,2	1 948	+ 2,3	– 0,9
1984	+ 2,9	+ 2,4	16,9	13,8	30,7	2 865	+ 3,0	1 986	+ 1,9	– 0,5
1985	+ 2,8	+ 2,0	17,5	14,1	31,5	2 949	+ 2,9	2 020	+ 1,7	– 0,3
1986	+ 3,5	– 0,2	17,1	14,2	31,3	3 055	+ 3,6	2 100	+ 4,0	+ 4,2
1987	+ 3,4	+ 0,1	17,8	14,2	32,0	3 151	+ 3,1	2 144	+ 2,1	+ 2,0
1988	+ 2,9	+ 1,1	17,4	14,3	31,7	3 245	+ 3,0	2 216	+ 3,3	+ 2,2
1989	+ 2,8	+ 2,9	18,0	14,3	32,4	3 342	+ 3,0	2 261	+ 2,0	– 0,8
1990	+ 3,9	+ 2,7	16,2	14,3	30,5	3 499	+ 4,7	2 430	+ 7,5	+ 4,7
1991[5])	+ 6,0	+ 3,6	17,9	14,6	32,5	3 713	+ 6,1	2 505	+ 3,1	– 0,5

1) Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen. Bis 1983: Berechnet auf Monatsbasis einschl. Beamtenbezüge. Quelle: Deutsche Bundesbank; Monatsberichte; ab 1984: ohne Beamtenbezüge; Quelle: WSI-Tarifarchiv. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 3) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme. – 4) Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Monat. – 5) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 17, Reihe 7 und Fachserie 18, Reihe 1.2). – Berechnungen des WSI.

nur wenig, im wesentlichen sind es Einkommen aus Vermietung und am wenigsten solche aus industrieller Tätigkeit. Diese Primäreinkommen werden, nach Abzug entsprechender Steuern und Abgaben, durch so massive staatliche Transfers ergänzt, daß rund die Hälfte des verfügbaren Haushaltseinkommens in Ostdeutschland schließlich aus Transfers besteht[12]): Die Bruttolohn- und -gehaltsumme im Osten betrug 1991 151,7 Mrd. DM, die Nettolohn- und Gehaltsumme belief sich nach „vorläufigen Schätzungen" – wie es das *Statistische Bundesamt* selbst ausdrücklich für diesen Wert der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betont – auf 113 Mrd. DM. Das ergibt eine durchschnittliche Abgabenquote der Arbeitseinkommen von 25,5 vH für 1991 (im Westen 32,5 vH; siehe *Tabelle 5*) die vor allem den im Osten wegen des niedrigeren Einkommensniveaus geringeren Steuerprogressionseffekt widerspiegelt, während die Sozialversicherungs-Abgabensätze im Osten 1991 teilweise etwas höher waren als im Westen. Das verfügbare Haushaltseinkommen insgesamt wird vom *Statistischen Bundesamt* auf 200 Mrd. DM beziffert, darunter 87,8 Mrd. DM Transferzahlungen.

Wie soll man auf dieser Grundlage sinnvoll eine tatsächliche Lohnquote oder gar eine bereinigte Lohnquote für Ostdeutschland berechnen, ohne bei der Festlegung der dazugehörigen Arbeitnehmerquote an den Erwerbstätigen (vor oder nach der Wende, mit Bezug auf Ost- oder Weststrukturen) in Willkür zu verfallen? Was sagt vor diesem Hintergrund die Berechnung eines jahresdurchschnittlichen Arbeitseinkommens, das heißt der Brutto- und Nettolohn- und -gehaltsumme *pro Kopf* der beschäftigten Arbeitnehmer aus, angesichts des von Jahresanfang bis Jahresende 1991 rapide gesunkenen Beschäftigungsvolumens? Nicht viel! Das *Statistische Bundesamt* gibt trotzdem diese letztgenannte Kennziffer in seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die neuen Bundesländer an: Im zweiten Halbjahr 1990, also nach der Wirtschafts- und Währungsunion, betrug das durchschnittliche Arbeitseinkommen pro Kopf *brutto* 1 360 DM, im ganzen darauffolgenden Jahr 1991 1 810 DM; das waren 48,8 vH des West-Niveaus von 1991 (siehe *Tabelle 5*) bzw. eine Steigerung gegenüber dem genannten Ausgangswert in 1990 von 33 vH. *Netto* fällt der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (genauer: dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion) wenig anders aus – mit 33,7 vH – obwohl die Abgabenquote in Ostdeutschland in kurzer Zeit kräftig gestiegen ist: Betrug sie nach Angaben des DIW im 3. Quartal 1990 noch 20,1 vH, so stieg sie bis zum 4. Quartal 1991 auf 28,2 vH (und verharrt seitdem in etwa auf diesem Niveau). Zu dieser Steigerung trug übrigens der auch für Ostdeutschland zum 1. 7. 1991 eingeführte Solidarzuschlag weniger bei als die Steuerprogressionswirkung, die bei stark wachsenden Brutto-Einkommen entsprechend greift. Der Anteil am West-Niveau fällt dagegen auf Netto-Basis immer noch größer aus als auf Brutto-Basis – er beträgt laut VGR 53,6 vH –, weil die Steuerprogression im Westen wegen des höheren Einkommensniveaus generell stärker wirkt. Doch auch dieses Netto-Ergebnis ist kein Trost, weil schließlich auf *realer* Ebene wegen der hohen Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland von rund 20 vH im Verlauf des Jahres 1991 (und sogar von fast 25 vH zwischen Juli 1990 und Dezember 1991) vom Zuwachs wenig übriggeblieben ist. Angesichts dieses Ergebnisses klingt die weitverbreitete Kritik an den „zu hohen" Tarifabschlüssen der Gewerkschaften in Ostdeutschland ziemlich absurd. Eher müßte man im Gegenteil argumentieren, daß die Gewerkschaften mit diesen Abschlüssen recht getan haben, weil sonst das Kanzler-Wort „Keinem wird es schlechter, aber vielen wird es besser gehen" von der Realität erst recht umgedreht worden wäre.

Tatsächlich aber gelten für solche *Durchschnitts*ziffern angesichts des rasanten Umbruchs auf dem Ost-Arbeitsmarkt noch größere Bedenken als schon immer für die West-Verhältnisse: Sie nivellieren die hinter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt stehenden Unterschiede bei verschiedenen Arbeitnehmergruppen (Vollzeitbeschäftigte, sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Beamte, Männer und Frauen usw.[13]), im Osten bis zur *Unkenntlichkeit*. Tatsächlich müssen für den Osten diese einzelnen Arbeitnehmergruppen und ihre Einkommensbedingungen (wie die von allen Bevölkerungsgruppen generell) sehr viel stärker für sich betrachtet werden, um einen verläßlichen Eindruck von materiellen Einigungsprozeß und seinen Problemen zu erhalten bzw. um überhaupt sinnvolle Vereinigungspolitik bzw. Verteilungspolitik betreiben zu können. Einen solchen Eindruck vermittelt z. B. die *Tabelle 6*, die die Struktur der abhängig Beschäftigten in Ostdeutschland und ihrer spezifischen Einkommensdurchschnitte bis 1991 darstellt. Sie basiert auf Personenbefragungen im Rahmen des am *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* in Berlin gepflegten *Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)* für Ostdeutschland und gibt deshalb Hochrechnungen wieder, die naturgemäß dieselben methodischen Probleme aufweisen wie alle Stichprobenverfahren auch; aber das *SOEP* bietet gerade wegen

[12]) Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Fachserie 18 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) Reihe 3, Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung für das zweite Vierteljahr 1992. – *Dasselbe*, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern 7/1992. – Vgl. auch *Müller-Krumholz, K.*, Die Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im II. Quartal 1992 – Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (des DIW), in: DIW-Wochenbericht 34–35/1992, S. 411 ff.

[13]) Auf die für den Westen im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht ausführlich hingewiesen wurde; siehe *Schäfer, C.*, Zunehmende Schieflagen in der Einkommensverteilung, in: WSI-Mitteilungen 10/1991, S. 593 ff. und dort insbesondere *Tabelle 5*, S. 599 ff.

Tabelle 6
Abhängige Beschäftigung und monatliche Bruttoeinkommen in der DDR und in Ostdeutschland 1989 bis 1991

	Beschäftigungsstruktur		Monatl. Bruttoeinkommen		
	1989	1991	1989	1991	Veränderung
	in vH		Mark	DM	in vH
Insgesamt	100	100	1 031	1 618	57
– Vollzeitbeschäftigte	88	72	1 088	1 684	55
darunter					
nicht in Kurzarbeit	100	81	1 088	1 772	63
davon					
Männer	61	60	1 179	1 963	67
Frauen	39	40	946	1 506	59
in Kurzarbeit	0	19	(1 088)	1 291	(19)
Ost-West-Pendler (Männer)	0	6	(1 179)	3 258	(176)
– Teilzeitbeschäftigte (Frauen)	12	6	605	870	44
nicht in Kurzarbeit	100	70	605	906	50
in Kurzarbeit	0	30	(605)	775	(28)
– Nicht erwerbstätige Arbeitslose	–	23	–	–	–
Nachrichtlich:					
– Arbeitnehmer in Mill. (einschl. reg. Arbeitslose)	9,6	7,9			
– Bruttolohn- und -gehaltsumme pro beschäftigten Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung in DM			–	1 810	–

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Ergebnisse des SOEP-Ost 1990 und 1991.

der flexiblen Wiederholbarkeit der Befragung sowie der Ergänzungs- und Änderungsmöglichkeit einzelner Fragestellungen teils zeitnähere, teils tiefere Informationen als die amtliche Statistik und vor allem – wegen der wiederholten Befragung *derselben* Personen im Zeitverlauf – auch Längsschnittuntersuchungen über zeitliche „Einkommenskarrieren"[14]).

Tabelle 6 verdeutlicht die inzwischen großen Unterschiede bei den Arbeits- und Einkommensbedingungen in Ostdeutschland wie auch die deutliche Abweichung dieser Strukturen von den westdeutschen, die im Falle der Ost-Pendler nach Westen am augenfälligsten sind. Waren in der ehemaligen DDR 1989 noch 88 vH der rund 10 Mill. Arbeitnehmer Vollzeitbeschäftigte, so sind es 1991 einschließlich der Kurzarbeiter (meist Kurzarbeit Null) und der Ost-West-Pendler nur 72 vH von lediglich noch knapp 8 Mill. Arbeitnehmern (einschließlich 900 000 registrierte Arbeitslose). Zum Vergleich: im Westen betrug 1991 die Vollzeit-Arbeitnehmerquote an allen beschäftigten Arbeitnehmern (einschließlich registrierter Arbeitslosigkeit) 78 vH. Rechnet man jedoch aus den Vollzeitbeschäftigen im Osten die Kurzarbeiter sowie die Ost-West-Pendler heraus, so beträgt die Vollzeit-Beschäftigungsquote im Osten nur noch 54 vH. Und läßt man sowohl in Ost wie West aus der Bezugsgröße, das heißt den insgesamt beschäftigten Arbeitnehmern, die registrierte Arbeitslosigkeit heraus, sind die Verhältnisse im Osten noch einmal schlechter[15]).

Es sieht übrigens nicht so aus, als hätte sich diese Ausdifferenzierung der Arbeits- und Einkommensstrukturen in 1992 verlangsamt – darauf deutet allein schon die fortgesetzte Segmentierung am Arbeitsmarkt innerhalb der (noch) Beschäftigten und zwischen Beschäftigten und Nicht-mehr-Erwerbstätigen hin, während die für 1992 schon vorhandenen Einkommensdaten noch ein relativ hohes Aggregationsniveau aufweisen. Neue differenzierende Einkommensdaten aus der dritten Befragungswelle des *SOEP* in Ostdeutschland, die im Frühjahr 1992 durchgeführt wurde (in Nachfolge der ersten Wellen in 1990 und 1991) werden nach Auskunft des *DIW* erst Ende 1992 verfügbar sein. Ähnliches gilt für Einkommensdaten aus der fünften, für Mai 1992 vorgesehene Erhebungswelle des *Arbeitsmarktmonitors* der *Bundesanstalt für Arbeit (BA)* die seit November 1990 auch als *Personen*befragung in den neuen Bundesländern durchgeführt wird, aber wegen ihrer Konzentration auf Beschäftigungsverhältnisse, Beschäftigungswünsche usw. für Einkommensaspekte eine geringere Informationstiefe als das *SOEP* aufweist[16]). So bleiben vorerst nur die Einkommensdaten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des *DIW* für Ostdeutschland im Jahr 1992 sowie differenzierte Einkommensdaten aus weiteren Befragungen, die die *Bundesanstalt für Arbeit (BA)* und ihr *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* seit April 1991 bei Betrieben in den neuen Bundesländern durchführen und im Rahmen der dritten Befragungswelle ebenfalls bis zum Ende des 1. Quartals 1992 reichen.

[14]) Zu Konstruktion, Möglichkeiten und Ergebnisse des SOEP, vgl. den Überblick bei *Projektgruppe SOEP* „Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) im Jahre 1990/91, in: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 3–4/1991, S. 146 ff.

[15]) *Tabelle 6* ist weitgehend entnommen aus *Schwarze, J.*, Einkommen, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen Mannheim, Datenreport 1992 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, S. 471 ff. Siehe dort weitere Befragungs- und Hochrechnungsergebnisse des SOEP über Durchschnittseinkommen Brutto wie Netto in Ostdeutschland 1990/91 sowie auch bei *Schwarze, J., Wagner, G.*, Zur Entwicklung der Effektivlohnstruktur in den neuen Bundesländern, in: DIW-Wochenbericht 23/1992, S. 291 ff. sowie *dieselben*, Lohnstruktur und Lohnniveau in den neuen Bundesländern, in: Wirtschaftsdienst 4/1992, S. 202 ff.

[16]) Vgl. zu Konstruktion und bisherigen Ergebnissen des Arbeitsmarkt-Monitors den Überblick bei *Bielenski, H., Makvas, E., Parmentier, K.*, Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer – Eine Arbeitsmarktumfrage der Bundesanstalt für Arbeit: Zwischenbilanz und ausgewählte Ergebnisse, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2/1992, S. 136 ff. Siehe speziell zu Angaben über Einkommensverhältnisse die Ergebnisse der Monitor-Umfrage im November 1991 bei *Bielenski, H., Enderle, J., von Rosenbladt, B.*, Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer – Umfrage 11/91, Tabellenband, in: Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 148 Punkt 4, Tabelle 4250 ff. sowie *Bellmann, L.*, Entlohnung in den neuen Bundesländern – Strukturelle Determinanten der Einkommensunterschiede aus den Werten des Arbeitsmarktmonitors, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1992, S. 27 ff.

Das *DIW* gibt immerhin für die großen Wirtschaftsbereiche wie für die Gesamtwirtschaft im Osten die durchschnittliche monatliche Bruttolohn- und -gehaltsumme pro Kopf der beschäftigten Arbeitnehmer an, darunter der vollbeschäftigten Arbeitnehmer ohne Kurzarbeiter (Gesamtdurchschnitt ersterer 2 035 DM und letzterer 2 149 DM im 1. Quartal 1992)[17]). Und die *BA/IAB*-Befragungen der Ost-Betriebe ergeben je nach Noch-Treuhand-Unternehmen oder schon privatisierten Unternehmen einen durchschnittlichen Brutto-Verdienst im März 1992 von 2 237 DM bzw. 2 299 DM[18]).

Die oben genannten Differenzierungen und Spaltungen der Arbeitsgesellschaft im Osten sind zu berücksichtigen, wenn im folgenden für den Osten – und danach für den Westen – die Arbeitseinkommen der *Vollzeit*beschäftigten näher betrachtet und mit Hilfe der amtlichen Statistik nach Wirtschaftszweigen bzw. -branchen in der Industrie (und zusätzlich noch im Handel, Bank- und Versicherungsgewerbe), der Stellung im Beruf (Arbeiter, Angestellte) und dem Geschlecht differenziert werden. Dies folgt nicht nur der Tradition der WSI-Verteilungsberichte bezüglich der West-Berichterstattung, es folgt ebenso der Hoffnung, daß der Vollzeit-Arbeitnehmerstatus auch im Osten zumindest das *dominierende* Beschäftigungsverhältnis bleibt – vom „Normalarbeitsverhältnis" kann ja auch im Westen schon lange nicht mehr die Rede sein. Schließlich erlaubt die nachfolgende Darstellung auch den unmittelbaren industriellen Branchenvergleich mit dem Westen und damit den Nachvollzug der Wirkungen der entsprechenden *Tarifpolitik*, die beim Angleichungsprozeß der beiden Teile Deutschlands eine hervorragende Rolle spielt.

3. Individuelle Arbeitseinkommen (von Vollzeitbeschäftigten)

3.1 . . . in Ostdeutschland

Seit Januar 1991 werden von der amtlichen Statistik erstmals auch für die neuen Bundesländer Daten über die effektiven laufenden Brutto-Verdienste ohne Sonderzahlungen von vollzeitbeschäftigten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitern und Angestellten in der „Industrie" der neuen Bundesländer zur Verfügung gestellt, die im Prinzip denselben Erhebungs- und Veröffentlichungskriterien wie bei der traditionellen Verdienststatistik für den Westen folgen, dabei insbesondere der Gliederung nach Wirtschaftszweigen. Leider aber liegen die entsprechenden Angaben bisher *nur* für die Monate Januar, April, Juli und Oktober 1991 vor, die lediglich die Entwicklung für ein Dreivierteljahr abdecken können. Verdienstdaten für Januar 1992, die die Beobachtung der Entwicklung eines vollen Jahres ermöglichen würden, sind vom *Statistischen Bundesamt* noch nicht verfügbar, weil eine schon seit längerem, genauer: *vor* der Wirtschafts- und Währungsunion geplante Umstellung der betrieblichen Berichtskreise im Westen und damit jetzt auch im Osten ab 1992 die amtsinterne Bearbeitung der entsprechenden von den Betrieben gemeldeten Originaldaten verzögert. Umgekehrt liegen aber auch für die Zeit *vor* 1991 keine vergleichbaren Daten vor, weil die frühere DDR-Statistik (genauer: die DDR-„Arbeitskräfteberichterstattung") die Arbeitseinkommen weder nach Arbeitern und Angestellten noch nach Männern und Frauen unterschieden hat[19]).

Das *Statistische Bundesamt* entwickelt aus den genannten Monatsdaten einen jahresdurchschnittlichen Wert der laufenden Monatsverdienste, der allerdings über die Anpassungsdynamik im Jahresverlauf wenig sagt. Hier in diesem Bericht wird gerade wegen der Anpassungsrolle der Tarifpolitik der Monatsvergleich vorgezogen (s. die *Tabellen 7 und 8*). Doch dabei ist folgendes zu bedenken: Mögliche Lohn- und Gehaltserhöhungen im November und Dezember 1991, die im wesentlichen nur auf in diesem Zeitraum in Kraft getretene Tarifvertragsbestimmungen zurückgehen können, sind nicht berücksichtigt; d. h. die von der Tarifpolitik dominierte Anpassungspolitik von Ost-Arbeitseinkommen an die West-Bedingungen, die sich in den Brutto-Effektivverdiensten widerspiegelt, wird in 1991 nicht vollständig erfaßt. Zugleich sind aber auch das im Oktober 1991 errreichte Brutto-Verdienstniveau sowie die daraus mit Berechnungen des WSI abgeleitete Nettoreal-Verdienstentwicklung aus mehreren Gründen zu relativieren: Beim Bruttoniveau stellt sich die berechtigte Frage, wieweit die betrieblichen Meldungen sowohl verläßlich als auch zugleich repräsentativ für andere Betriebe sind, denn normalerweise werden die Meldungen nur von rund 12 vH aller Betriebe abgegeben und dann auf die ganze Branche bzw. die Gesamtwirtschaft hochgerechnet. Was im Westen ein normaler und unproblematischer Vorgang ist, kann aber im Osten unter den gegebenen Umständen mit Risiken behaftet sein, wenn z. B. zutrifft, daß Betriebe im Osten in einem bisher nicht quantifizierbaren Ausmaß die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltshöhen *unter*schreiten. Und die abgeleiteten Nettoreal-Verdienste sind notgedrungen ungenau, weil für die neuen Bundesländer für die genannten Erhebungsmonate der Verdienststatistik zwar ostspezifische Indices für die Lebenshaltungskosten vorliegen, nicht aber Angaben über die monats-adäquate Belastung mit Steuern und Sozialabgaben. Ersatzweise wurden daher für letztere die vom *DIW* ausgewiesenen Quartalswerte für die Abgabenquote in Ostdeutschland, das ist die Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn- und -gehaltsumme, zugrundegelegt (genauer: für die Verdienstangaben vom 1. 1. bzw. 1. 10. 1991 die gemittelten Abgabenquoten vom 4. Quartal 1990 und 1. Quartal 1991 bzw. vom 3. und 4. Quartal 1991). Schließlich ist beim Vergleich der bis Oktober 1991 erreichten Ost-Verdienste mit dem West-Niveau auf Monatsbasis noch zu berücksichtigen, daß in letzterem die im Westen üblicherweise gezahlten *Jahressonderzahlungen nicht* enthalten sind, während diese in den neuen Bundesländern in der Regel noch gar nicht oder nur in kleinen Bruchteilen gezahlt werden; deshalb spiegelt der hier in den Tabellen ausgewiesene Anteil der Brutto-Verdienste im Osten an den *laufenden* West-Verdiensten einen Anteil an den West-Verdiensten vor, der tatsächlich wegen der Sonderzahlungen im Westen nicht erreicht wird.

Aus all diesen Gründen muß insgesamt der in den Tabellen 7 und 8 ausgewiesene *Abstand* von Ost- zu West-Verdiensten sowohl bei den Brutto- wie bei den Nettoreal-Verdiensten trotz des im Jahresverlauf vollzogenen tarifpolitischen Aufholprozesses in Wirklichkeit als *größer* eingestuft werden. Zugleich muß beachtet werden, daß diese Verdienste im Jahresverlauf von immer weniger Personen bezogen wurden, weil parallel zum Anpassungsprozeß der Einkommen ein teilweise dramatischer Schrumpfungsprozeß des Erwerbspersonen-Volumens stattgefunden hat, der insbesondere in den *industriellen* Bereichen der neuen Bundesländer – die den Kern des Berichtskreises der Verdienststatistik ausmachen – inzwischen zu mehr als einer Halbierung der Beschäftigtenzahlen geführt hat. Trotzdem können die aus der Verdienststatistik ablesbaren Daten einige Aufschlüsse vermitteln:

- *Zur „gesamtwirtschaftlichen" Entwicklung der Verdienste in der ostdeutschen Industrie:*

Von Januar bis Oktober 1991 haben die Verdienste in der ostdeutschen Industrie (ohne Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) bei den vollzeitbeschäftigten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern insgesamt (Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen zusammen) brutto um 25,1 vH und netto real um 1,6 vH zugenommen. Differenziert man nach Geschlecht, so waren die Zuwachsraten bei den Männern brutto 25,2 vH und netto real 1,7 vH, bei den Frauen 23,2 vH und 0,1 vH. Bei den in der Verdienststatistik nachgewiesenen Dienstleistungsbereichen Handel, Banken und Versicherungen, die nur einen Teil des Dienstleistungssektors darstellen, war die Entwicklung bei den Angestellten (Arbeiter-Verdienste werden hier nicht nachgewiesen) im Schnitt um zwei Prozentpunkte *besser*. Diese Entwicklung hat ergeben, daß der Anteil der laufenden Brutto-Verdienste in der ostdeutschen Industrie (ohne Handel, Banken und Versicherungen) am westlichen Brutto-Verdienstniveau von 41,6 vH im Januar 1991 auf 49,2 vH im Oktober 1991 angestiegen ist. In den drei genannten Dienstleistungsbereichen ist der Anteil am West-Niveau im gleichen Zeitraum von 41,2 vH auf 50,5 vH angestiegen. Der Anteil der Ost-Verdienste am West-Niveau auf Nettoreal-Basis liegt im Januar 1991 noch etwas *über* dem Brutto-Anteil, doch schon im Oktober 1991 leicht darunter, so daß sich insgesamt im erfaßten Zeitraum die materielle Lage der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nur *minimal* – um ca. 2 vH – verbessert hat.

Verschärfend kommt hinzu: Diese Relationen von laufenden Verdiensten sind irreführend – wie schon oben gesagt –, wenn man insbesondere außer acht läßt, daß im Westen zu den laufenden Verdiensten noch *erhebliche* Sonderzahlungen dazukommen, diese im Osten aber dagegen bisher kaum tarifvertraglich vereinbart wurden. Rechnet man den West-Verdiensten von Januar und Oktober 1991 die zuletzt aus 1990 bekannten Sonderzahlungen hinzu (siehe auch *Tabelle 11*) und berücksichtigt dabei auch eine wahrscheinliche Steigerung im Jahresverlauf 1991, so fallen die Ost-Verdienstanteile am West-Niveau deutlich geringer aus: Für Oktober (Januar) 1991 sind es auf Brutto-Ebene in der Industrie (ohne die drei Dienstleistungsbereiche) rund 46 vH (37 vH), für die drei genannten Dienstleistungsbereiche sogar nur rund 44 vH (36 vH). Diese Relationen stimmen übrigens recht gut mit anderen überein, die das *WSI-Tarifarchiv* auf der Basis von *tariflichen* Bestimmungen zu Grundvergütungen, Zuschlägen, Sonderzahlungen usw. in West und Ost *modellhaft* für einen ausgesuchten Bereich, die Arbeiter der Metallindustrie in Sachsen und Bayern, auf das effektive Verdienstniveau brutto hochgerechnet hat: Danach betrug die Relation zum Stichtag 30. 6. 1991 39,9 vH. Für ein Jahr später übrigens, also zum 30. 6. 1992, ergab dieselbe Modellrechnung einen Ost-Anteil am westlichen Bruttoverdienstniveau von erst 52,1 vH, obwohl bis dahin die tarifpolitischen Anstrengungen zur Anpassung des Ost-Niveaus unvermindert fortgesetzt worden waren[20]).

- *Verdienstentwicklungen in einzelnen ostdeutschen Wirtschaftszweigen:*

Der oben für 1991 genannte allgemeine Verdienstzuwachs im Osten war von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig sehr unterschiedlich entsprechend der spezifischen Branchensituation und den tarifpoliti-

[17]) Vgl. die Angaben bei *Scheremet, W.*, Der Arbeitsmarkt in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 28–29/1992, S. 355 ff., hier S. 362.

[18]) Zu weiteren Befragungsergebnissen über Ost-Einkommen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße, dem Betriebsumsatz, dem regionalen Standort, aber auch dem Geschlecht der Arbeitnehmer vgl. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* der Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Kurzbericht 15 und 17/1992 vom 6. 7. und 8. 7. 1992.

[19]) Vgl. dazu und zu weiteren Ergebnissen *Dresch, A., Heinlein, D.*, Einführung und erste Ergebnisse der Lohnstatistik in den neuen Bundesländern, in: Wirtschaft und Statistik 7/1992, S. 470 ff.

[20]) Vgl. *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, Tarifpolitik in den neuen Bundesländern – Bilanz des ersten Halbjahres 1992, interner Bericht, S. 9 f.

Tabelle 7

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen von ArbeiterInnen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
(ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

– neue Bundesländer –

Industriezweig	Vollzeitbeschäftigte **Arbeiter** Monatliches Einkommen in DM sowie Relation und Veränderung in vH										Vollzeitbeschäftigte **Arbeiterinnen** Monatliches Einkommen in DM sowie Relation und Veränderung in vH									
	Brutto				Netto				Brutto	Netto real[1]	Brutto				Netto				Brutto	Netto real[1]
	Jan. 1991		Okt. 1991		Jan. 1991		Okt. 1991		Okt. 1991		Jan. 1991		Okt. 1991		Jan. 1991		Okt. 1991		Okt. 1991	
	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	vH[3]	vH[3]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	vH[3]	vH[3]
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	1 573	38,8	2 120	48,7	1 172	41,2	1 580	55,6	+ 34,8	+ 18,5	1 421	48,1	1 964	62,0	1 116	53,9	1 426	69,0	+ 38,2	+ 12,3
Bergbau	1 647	43,6	1 973	49,8	1 227	46,3	1 469	56,9	+ 19,8	+ 5,3	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	1 521	41,9	1 947	48,7	1 133	44,5	1 450	55,7	+ 28,0	+ 12,5	1 312	46,7	1 573	53,1	1 031	52,3	1 142	59,1	+ 19,9	– 2,6
Eisenschaffende Industrie	1 560	41,4	1 738	45,7	1 162	44,0	1 295	52,2	+ 11,4	– 2,1	1 434	51,2	1 603	56,3	1 126	57,3	1 164	62,7	+ 11,8	– 9,2
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	1 651	44,5	1 812	48,2	1 230	47,3	1 350	55,1	+ 9,7	– 3,5	1 334	45,1	1 586	51,3	1 048	50,6	1 151	57,1	+ 18,9	– 3,4
Ziehereien und Kaltwalzwerke	1 547	43,5	1 821	49,0	1 152	46,2	1 356	56,0	+ 17,7	+ 3,5	1 299	47,1	1 495	51,6	1 021	52,8	1 085	57,4	+ 15,1	– 6,5
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	1 616	42,9	1 760	44,5	1 204	45,6	1 311	50,8	+ 8,9	– 4,3	1 369	50,4	1 521	53,2	1 075	56,5	1 104	59,2	+ 11,1	– 9,7
Mineralölverarbeitung	1 390	28,4	1 643	31,7	1 036	30,2	1 223	36,3	+ 18,1	+ 3,8	1 269	38,5	1 560	43,9	997	43,1	1 132	48,9	+ 22,9	– 0,1
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	1 395	34,3	1 629	38,1	1 039	36,5	1 214	43,5	+ 16,8	+ 2,7	1 251	43,0	1 525	49,6	983	48,2	1 107	55,3	+ 21,9	– 1,0
Herstellung von Chemiefasern	1 469	37,7	1 729	42,9	1 094	40,1	1 288	49,1	+ 17,8	+ 3,5	1 386	47,1	1 625	51,8	1 089	52,7	1 180	57,7	+ 17,2	– 4,8
Holzbearbeitung	1 543	46,5	1 699	48,0	1 149	49,4	1 266	54,9	+ 10,1	– 3,2	1 343	51,8	1 456	52,7	1 055	58,1	1 057	58,6	+ 8,4	– 11,9
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	1 508	38,4	1 708	40,6	1 123	40,8	1 272	46,3	+ 13,3	– 0,4	1 304	48,8	1 486	50,7	1 024	54,7	1 079	56,5	+ 14,0	– 7,4
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	1 516	41,5	1 703	44,6	1 130	44,1	1 269	51,0	+ 12,3	– 1,3	1 247	43,8	1 543	51,8	980	49,0	1 120	57,7	+ 23,7	+ 0,5
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	1 686	43,1	2 081	50,0	1 256	45,8	1 550	57,1	+ 23,5	+ 8,5	1 456	52,5	1 616	52,7	1 143	58,8	1 173	58,7	+ 11,0	– 9,8
Maschinenbau, Lokomotivbau	1 547	41,1	1 838	46,9	1 152	43,7	1 369	53,6	+ 18,8	+ 4,5	1 291	46,7	1 538	53,1	1 014	52,3	1 116	59,1	+ 19,2	– 3,2
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	1 490	36,4	1 769	40,9	1 110	38,7	1 317	46,7	+ 18,7	+ 4,3	1 230	37,9	1 490	43,8	966	42,5	1 082	48,7	+ 21,2	– 1,6
Schiffbau	1 682	42,3	1 929	45,9	1 253	45,0	1 437	52,5	+ 14,7	+ 0,9	1 325	44,0	1 577	49,0	1 041	49,3	1 145	54,5	+ 19,0	– 3,3
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	1 495	42,2	1 729	46,1	1 113	44,8	1 288	52,6	+ 15,7	+ 1,7	1 312	49,0	1 508	52,8	1 031	54,9	1 094	58,8	+ 14,9	– 6,7
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	1 443	41,9	1 364	37,6	1 075	44,5	1 016	42,9	– 5,4	– 16,9	1 217	45,9	1 138	39,7	956	51,4	826	44,2	– 6,4	– 24,0
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	1 599	45,9	1 747	47,5	1 191	48,8	1 301	54,3	+ 9,2	– 4,0	1 343	51,7	1 499	54,2	1 055	57,9	1 088	60,3	+ 11,7	– 9,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	1 451	41,2	1 564	42,2	1 081	43,8	1 165	48,2	+ 7,8	– 5,2	1 308	45,5	1 451	47,3	1 027	50,9	1 053	52,7	+ 11,0	– 9,9
Feinkeramik	1 508	48,3	1 916	59,8	1 123	51,3	1 427	68,4	+ 27,1	+ 11,7	1 530	62,9	1 868	76,0	1 201	70,4	1 356	84,6	+ 22,2	– 0,8
Herstellung und Verarbeitung von Glas	1 582	43,8	1 851	48,6	1 178	46,5	1 379	55,5	+ 17,0	+ 2,9	1 390	56,8	1 603	62,2	1 092	63,7	1 164	69,3	+ 15,3	– 6,3
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	1 499	43,3	1 682	46,6	1 117	46,0	1 253	53,3	+ 12,2	– 1,4	1 347	50,9	1 516	55,3	1 058	57,0	1 101	61,6	+ 12,6	– 8,6
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	1 490	46,7	1 751	50,8	1 110	49,6	1 304	58,1	+ 17,5	+ 3,3	1 308	53,4	1 543	58,8	1 027	59,8	1 120	65,4	+ 17,9	– 4,2
Papier- und Pappeverarbeitung	1 499	42,8	1 677	45,8	1 117	45,4	1 249	52,3	+ 11,9	– 1,6	1 317	54,8	1 543	59,9	1 034	61,4	1 120	66,6	+ 17,2	– 4,8
Druckerei, Vervielfältigung	1 690	40,4	2 738	61,6	1 259	43,0	2 039	70,4	+ 62,0	+ 42,4	1 577	53,1	2 290	72,5	1 239	59,5	1 662	80,7	+ 45,2	+ 17,9
Herstellung von Kunststoffwaren	1 486	43,2	1 699	47,2	1 107	45,9	1 266	53,9	+ 14,3	+ 0,5	1 338	54,2	1 538	58,8	1 051	60,8	1 116	65,5	+ 14,9	– 6,6
Ledererzeugung	1 516	46,0	1 503	45,9	1 130	48,9	1 120	52,5	– 0,9	– 12,8	1 330	52,8	1 334	52,2	1 044	59,1	968	58,1	+ 0,3	– 18,5
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	1 399	47,9	1 612	54,4	1 042	50,9	1 201	62,2	+ 15,2	+ 1,3	1 212	55,2	1 412	64,0	952	61,9	1 025	71,2	+ 16,5	– 5,4
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	1 499	50,7	1 629	55,0	1 117	53,9	1 214	62,8	+ 8,7	– 4,4	1 191	51,3	1 434	60,9	935	57,5	1 041	67,8	+ 20,4	– 2,2
Textilgewerbe	1 404	43,9	1 643	48,8	1 045	46,7	1 223	55,8	+ 17,0	+ 2,9	1 360	55,1	1 460	56,1	1 068	61,7	1 060	62,4	+ 7,3	– 12,8
Bekleidungsgewerbe	1 369	45,8	1 612	51,5	1 020	48,6	1 201	58,9	+ 17,8	+ 3,5	1 191	51,8	1 330	55,4	935	58,0	965	61,7	+ 11,7	– 9,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1 469	40,2	1 877	49,0	1 094	42,7	1 398	56,0	+ 27,8	+ 12,4	1 295	53,8	1 543	61,1	1 017	60,3	1 120	68,0	+ 19,1	– 3,2
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	1 947	59,8	2 611	66,9	1 450	63,6	1 945	76,5	+ 34,2	+ 17,9	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Industrie (insgesamt)[4]	1 625	43,8	2 042	51,8	1 211	46,6	1 521	59,2	+ 25,7	+ 10,5	1 317	49,9	1 556	55,9	1 034	55,9	1 129	62,2	+ 18,2	– 4,0

1) Nach Abzug des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen in Ostdeutschland). – 2) In vH des West-Niveaus im jeweiligen Monat. – 3) Veränderung gegenüber Januar 1991 in vH. – 4) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 8

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen von Angestellten in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
(einschl. Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

– neue Bundesländer –

Industriezweig	Vollzeitbeschäftigte angestellte **Männer** Monatliches Einkommen in DM sowie Relation und Veränderung in vH										Vollzeitbeschäftigte angestellte **Frauen** Monatliches Einkommen in DM sowie Relation und Veränderung in vH									
	Brutto				Netto				Brutto	Netto real[1]	Brutto				Netto				Brutto	Netto real[1]
	Jan. 1991		Okt. 1991		Jan. 1991		Okt. 1991		Okt. 1991		Jan. 1991		Okt. 1991		Jan. 1991		Okt. 1991		Okt. 1991	
	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	vH[3]	vH[3]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	DM	vH[2]	vH[3]	vH[3]
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	2 119	41,1	2 832	52,0	1 578	43,7	2 110	59,4	+ 33,6	+ 17,5	1 669	45,3	2 237	57,6	1 311	50,7	1 624	64,1	+ 34,0	+ 8,9
Bergbau	2 222	37,2	2 464	39,9	1 655	39,5	1 835	45,6	+ 10,9	– 2,5	1 628	40,2	1 954	46,1	1 279	45,0	1 418	51,3	+ 20,0	– 2,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 054	39,7	2 533	46,1	1 530	42,2	1 887	52,7	+ 23,3	+ 8,4	1 519	43,5	1 918	51,8	1 193	48,8	1 392	57,7	+ 26,3	+ 2,6
Eisenschaffende Industrie	1 865	33,6	2 494	44,0	1 389	35,7	1 858	50,3	+ 33,7	+ 17,6	1 535	41,8	2 069	54,5	1 206	46,8	1 502	60,7	+ 34,8	+ 9,5
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	1 857	34,7	2 448	43,8	1 383	36,8	1 823	50,1	+ 31,8	+ 15,9	1 497	42,7	1 967	53,6	1 176	47,9	1 428	59,6	+ 31,4	+ 6,7
Ziehereien und Kaltwalzwerke	1 997	38,1	2 452	44,0	1 488	40,4	1 826	50,2	+ 22,8	+ 7,9	1 450	40,8	1 996	53,1	1 139	45,7	1 449	59,1	+ 37,7	+ 11,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	2 282	41,2	2 578	44,1	1 700	43,7	1 920	50,4	+ 13,0	– 0,7	1 789	48,0	2 093	52,5	1 405	53,8	1 519	58,5	+ 17,0	– 5,0
Mineralölverarbeitung	2 152	30,8	2 458	34,1	1 603	32,7	1 831	39,0	+ 14,2	+ 0,4	1 795	37,2	1 950	38,6	1 410	41,6	1 415	42,9	+ 8,6	– 11,8
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	2 170	36,8	2 565	41,6	1 616	39,1	1 911	47,5	+ 18,2	+ 3,9	1 734	40,5	2 082	46,0	1 362	45,4	1 511	51,2	+ 20,1	– 2,5
Herstellung von Chemiefasern	1 941	34,0	2 659	44,7	1 446	36,1	1 981	51,1	+ 37,0	+ 20,4	1 550	38,5	2 071	48,3	1 218	43,1	1 503	53,7	+ 30,1	+ 8,5
Holzbearbeitung	1 804	37,0	2 283	44,2	1 344	39,3	1 701	50,5	+ 26,6	+ 11,2	1 386	44,8	1 803	55,2	1 089	50,2	1 309	61,4	+ 33,6	+ 5,7
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	2 051	34,4	2 392	38,3	1 528	36,6	1 782	43,8	+ 16,6	+ 2,5	1 476	38,4	1 854	45,5	1 159	43,1	1 346	50,6	+ 25,6	+ 2,0
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	2 051	37,8	2 543	44,6	1 528	40,1	1 894	51,0	+ 24,0	+ 9,0	1 548	41,1	2 063	51,8	1 216	46,0	1 497	57,7	+ 33,3	+ 8,3
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	1 932	34,3	2 549	42,4	1 439	36,4	1 899	48,4	+ 31,9	+ 16,0	1 582	43,6	2 035	52,4	1 243	48,8	1 477	58,3	+ 28,6	+ 4,5
Maschinenbau, Lokomotivbau	1 902	34,2	2 459	41,8	1 417	36,3	1 832	47,7	+ 29,3	+ 13,7	1 473	40,9	1 917	50,0	1 157	45,9	1 391	55,7	+ 30,1	+ 5,7
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	1 819	29,4	2 319	35,5	1 355	31,3	1 727	40,6	+ 27,5	+ 12,1	1 406	33,9	1 832	41,4	1 104	37,9	1 330	46,1	+ 30,3	+ 5,8
Schiffbau	1 944	36,4	2 533	45,1	1 448	38,7	1 887	51,6	+ 30,3	+ 14,5	1 516	45,1	2 032	55,4	1 191	50,6	1 475	61,7	+ 34,0	+ 8,9
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	1 833	31,8	2 372	38,8	1 365	33,8	1 767	44,3	+ 29,4	+ 13,8	1 585	41,1	1 942	47,0	1 245	46,0	1 410	52,4	+ 22,5	– 0,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	2 084	39,3	1 905	34,1	1 552	41,7	1 419	39,0	– 8,6	– 19,6	1 744	47,7	1 479	38,2	1 370	53,4	1 073	42,6	– 15,2	– 31,1
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 002	38,4	2 355	42,8	1 491	40,8	1 754	48,9	+ 17,6	+ 3,4	1 473	42,9	1 861	51,0	1 157	48,0	1 351	56,8	+ 26,3	+ 2,6
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	1 824	28,5	2 313	34,7	1 359	30,3	1 723	39,6	+ 26,8	+ 11,5	1 492	33,1	1 895	40,1	1 172	37,1	1 375	44,6	+ 27,0	+ 3,2
Feinkeramik	1 949	43,2	2 781	58,9	1 452	45,9	2 072	67,3	+ 42,7	+ 25,4	1 463	45,0	2 234	66,2	1 149	50,4	1 621	73,7	+ 52,7	+ 24,0
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 112	40,7	2 355	43,4	1 573	43,3	1 754	49,6	+ 11,5	– 2,0	1 576	46,1	1 792	49,5	1 238	51,7	1 301	55,1	+ 13,7	– 7,6
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	1 875	38,6	2 311	45,3	1 397	41,0	1 721	51,7	+ 23,3	+ 8,3	1 483	47,2	1 857	56,4	1 165	52,9	1 348	62,8	+ 25,2	+ 1,7
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	1 859	38,6	2 257	44,6	1 385	41,0	1 681	50,9	+ 21,4	+ 6,7	1 494	45,6	1 834	52,4	1 174	51,1	1 331	58,4	+ 22,8	– 0,3
Papier- und Pappeverarbeitung	1 860	36,3	2 232	41,5	1 385	38,6	1 663	47,4	+ 20,0	+ 5,5	1 527	45,5	1 877	52,5	1 199	51,0	1 362	58,5	+ 22,9	– 0,2
Druckerei, Vervielfältigung	2 361	43,0	2 899	49,9	1 759	45,7	2 159	57,0	+ 22,8	+ 7,9	2 032	55,4	2 302	59,0	1 596	62,1	1 671	65,7	+ 13,3	– 8,0
Herstellung von Kunststoffwaren	2 039	39,1	2 486	45,5	1 519	41,5	1 852	52,0	+ 21,9	+ 7,2	1 511	44,3	1 933	53,8	1 187	49,6	1 403	59,9	+ 27,9	+ 3,9
Ledererzeugung	1 819	37,0	2 160	42,3	1 355	39,4	1 609	48,3	+ 18,7	+ 4,4	1 475	45,9	1 720	52,0	1 159	51,4	1 248	57,9	+ 16,6	– 5,3
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	1 800	39,8	2 295	50,1	1 341	42,3	1 710	57,2	+ 27,5	+ 12,1	1 468	48,7	1 937	62,5	1 153	54,6	1 406	69,6	+ 31,9	+ 7,2
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	1 836	40,2	2 027	43,2	1 368	42,7	1 510	49,4	+ 10,4	– 2,9	1 520	49,7	1 797	56,6	1 194	55,6	1 304	63,0	+ 18,2	– 4,0
Textilgewerbe	1 786	37,8	2 340	46,7	1 330	40,1	1 743	53,4	+ 31,0	+ 15,2	1 463	44,0	1 894	53,5	1 149	49,3	1 375	59,6	+ 29,5	+ 5,2
Bekleidungsgewerbe	1 704	36,9	2 153	44,3	1 269	39,3	1 604	50,7	+ 26,3	+ 11,1	1 455	44,1	1 856	52,8	1 143	49,4	1 347	58,8	+ 27,6	+ 3,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1 857	36,6	2 388	45,2	1 383	38,9	1 779	51,6	+ 28,6	+ 13,0	1 446	40,7	1 752	47,0	1 136	45,6	1 272	52,4	+ 21,2	– 1,6
Hoch- und Tiefbau (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	2 623	47,5	3 519	59,5	1 954	50,5	2 621	68,0	+ 34,2	+ 17,9	1 928	56,4	2 587	71,6	1 514	63,2	1 878	79,7	+ 34,2	+ 9,0
Großhandel	1 888	42,3	2 301	49,5	1 406	45,0	1 714	56,5	+ 21,9	+ 7,1	1 541	49,6	1 927	59,3	1 210	55,6	1 399	66,0	+ 25,0	+ 1,6
Einzelhandel	1 606	41,6	1 984	49,3	1 196	44,2	1 478	56,3	+ 23,5	+ 8,6	1 443	53,9	1 771	62,8	1 133	60,3	1 285	70,0	+ 22,7	– 0,3
Kreditinstitute	1 888	39,8	2 424	49,8	1 406	42,3	1 806	56,9	+ 28,4	+ 12,9	1 724	47,2	2 046	54,9	1 354	52,9	1 485	61,1	+ 18,7	– 3,6
Industrie (insgesamt)[4]	2 005	38,8	2 540	46,8	1 494	41,2	1 892	53,4	+ 26,7	+ 11,4	1 565	46,3	1 986	56,0	1 229	51,9	1 441	62,3	+ 26,9	+ 3,1

1) Nach Abzug des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen in Ostdeutschland). – 2) In vH des West-Niveaus im jeweiligen Monat. – 3) Veränderung gegenüber Januar 1991 in vH. – 4) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

schen Möglichkeiten der Gewerkschaften: Den höchsten Brutto-Zuwachs von Januar bis Oktober 1991 erzielten die Arbeiter im Bereich „Druckerei, Vervielfältigung" mit 62,0 vH bei den Männern und 45,2 vH bei den Frauen; bei den Angestellten war der höchste Zuwachs zu verzeichnen im Bereich „Feinkeramik" mit 42,7 vH bei den Männern und 52,7 vH bei den Frauen. Die schlechteste Entwicklung ist im Bereich „Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw." zu verzeichnen, weil hier die Bruttoverdienste sogar absolut zurückgingen; möglicherweise ist dies aber auch auf statistische Erfassungsprobleme zurückzuführen. Abgesehen von diesem Sonderfall gab es aber auch einige Bereiche mit moderaten Zuwächsen bei den Bruttoverdiensten, die dann auf der realen Ebene wegen der Preissteigerungen im Osten auch zu einer Verminderun des Verdienstniveaus geführt haben; dazu zählen z. B. bei den Arbeiter-Verdiensten die Bereiche „Eisenschaffende Industrie", „Holzbearbeitung", „Ledererzeugung" und noch einige andere, bei den Angestellten z. B. die Bereiche „Bergbau", „Nickel/Eisen-Metallerzeugung (. . .)", „Mineralölverarbeitung" und „Herstellung und Verarbeitung von Glas". Betrachtet man jedoch die netto reale Entwicklung, so stehen Wirtschaftszweigen mit deutlicher Verbesserung der materiellen Lage auch solche mit einer erheblichen Verschlechterung gegenüber, weil das Einkommen nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und Preisanstieg *absolut zurück*gegangen ist[21]).

– *Unterschiede der Verdienstniveaus zwischen Branchen, Arbeitnehmer-Status, Geschlechtern*

Entsprechend den eben genannten unterschiedlichen Zuwächsen haben sich auch die Niveauunterschiede zwischen den Branchen erhöht. Der dazu berechenbare Variationskoeffizient, der die Abweichungen einzelner Branchenwerte vom Mittelwert aller Branchen mißt, weist teils höhere, teils niedrigere Abweichungen als in Westdeutschland auf. Wenn die höheren Werte bzw. die größeren Abweichungen statistisch als gesichert angesehen werden können, würden sie bedeuten, daß die von vielen Seiten immer noch wegen der DDR-Vergangenheit als gleichmäßiger eingestufte Einkommensverteilung im Osten gegenüber dem Westen bei einem Teil selbst der Vollzeit-Arbeitseinkommen nicht mehr zutrifft (bei den Nicht-Vollzeiteinkommen der Arbeitnehmer, s. o. Abschnitt 2.2, ohnehin nicht mehr).

Relevant sind auch die Unterschiede zwischen Löhnen und Gehältern im Osten: Arbeiterinnen verdienten im Oktober 1991 78,3 vH des Verdienstniveaus von weiblichen Angestellten; Arbeiter verdienten im selben Zeitraum durchschnittlich 80,4 vH des Verdienstniveaus männlicher Angestellter.

Ebenso kommen geschlechtsspezifische Differenzen zum Tragen: Im Oktober 1991 verdienten innerhalb des Arbeiter-Status Frauen 76,2 vH des Verdienstniveaus der Männer, innerhalb des Angestellten-Status Frauen 78,2 vH des Verdienstniveaus der angestellten Männer.

Schon diese wenigen Daten deuten darauf hin, daß die wirksam gewordenen Tarifverträge für die neuen Bundesländer unter mehreren Gesichtspunkten zu relativieren sind. *Erstens:* Die großen Schritte bzw. Brutto-Zuwächse der tarifpolitischen „Aufholjagd" im Osten – von Januar bis Oktober 1991 „gesamtwirtschaftlich" immerhin rund 25 vH – werden gleichzeitig zum großen Teil durch starke Preissteigerungen im Osten kompensiert, so daß der reale Zuwachs im gleichen Zeitraum „nur" 10 vH betrug; außerdem macht sich mit steigenden Brutto-Arbeitseinkommen auch immer mehr die Progression der Lohnsteuer bemerkbar, so daß einschließlich des Solidarzuschlags der netto-reale Verdienstzuwachs noch geringer ausgefallen ist. *Zweitens:* Diese Relationen beziehen sich auf einen Vergleich der *laufenden* Verdienste in Ost und West, die den starken Einfluß von *Sonderzahlungen* im Westen als Zusatzverdienst nicht berücksichtigen. Unter Einrechnung der Sonderzahlungen fällt das West-Niveau um durchschnittlich mindestens 12 vH höher aus, womit die Ost-Anteile am West-Niveau brutto wie netto real entsprechend sinken. Noch niedriger fallen die Ost-Anteile dort aus, wo im Osten die tariflichen Mindestbestimmungen gar nicht eingehalten werden, ohne daß dies im Moment quantifiziert werden kann. Und *drittens:* Mit der Verdienstanpassung an die Westbedingungen ist neben den Verdienst-Niveauerhöhungen auch eine Übertragung der im Westen vorhandenen und teilweise problematischen Verdienststrukturen verbunden, die Statusdifferenzierungen, Eingruppierungen und insbesondere die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen betreffen. Vor allem zu letzterem ist an anderer Stelle die Verdienststatistik des Ostens für 1991 mit einem sehr kritischen Ergebnis ausgewertet worden[22]), obwohl die „Einwirkungszeit" der westlichen Tarifpolitik seit der Wende noch nicht sehr lang ist. Dieser qualitative Aspekt sollte nicht vernachlässigt werden beim Vergleich der Ost- mit den West-Verdiensten, deren Entwicklung 1991 im nächsten Abschnitt in den *Tabellen 9 bis 12* dargestellt wird.

3.2 . . . und im Westen

– *Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Verdienste in der westdeutschen Industrie*

In Westdeutschland nahmen die laufenden Effektiv-Verdienste aller Vollzeitbeschäftigten in der Industrie

[21]) Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern 7/1992, insbesondere zur Preisentwicklung bei der Lebenshaltung S. 120.

[22]) Vgl. *Kurz-Scherf, I.*, Geschlechterkampf am Arbeitsmarkt? – Frauenperspektiven in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 4/1992, S. 203 ff.

im *Jahresdurchschnitt* 1991 gegenüber dem Vorjahr um rund 6 vH brutto zu. Dieser Zuwachs, der sich weitgehend mit den oben schon in Zusammenhang mit *Tabelle 5* erwähnten Zuwächsen der durchschnittlichen Tariflohnerhöhungen wie der Bruttolohn und -gehaltsumme pro Kopf aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung deckt, ist allerdings bei Differenzierung nach Arbeitern und Angestellten, Männern und Frauen sowie einzelnen Wirtschaftszweigen teilweise sehr unterschiedlich ausgefallen. Details zu diesen Differenzierungen liefern die *Tabellen 9 und 10* sowohl mit absoluten Verdienstbeträgen als auch mit ihren Veränderungsraten auf Brutto-[23]) und Nettorealverdienst-Basis. Dabei werden für die Angestellten neben den industriellen Wirtschaftszweigen auch die drei Dienstleistungsbereiche Handel, Kreditinstitute und Versicherungen von der Verdienststatistik ausgewiesen. Generell werden in ihnen nur die *laufenden* Brutto-Verdienste ausgewiesen, während die regelmäßigen und unregelmäßigen *Sonderzahlungen* der Arbeitgeber an ihre Arbeitnehmer wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld usw. in *Tabelle 12* enthalten sind und zu den laufenden Verdiensten hinzugerechnet werden müssen, wenn ein effektives Jahreseinkommen bzw. ein jahresdurchschnittliches Monatseinkommen bestimmt werden soll.

– *Verdienstentwicklung in einzelnen westdeutschen Wirtschaftszweigen*

In den von den *Tabellen 9 und 10* dargestellten Branchen reicht die *Spannweite* der Zuwächse der laufenden *Brutto*-Verdienste (ohne Sonderzahlungen) insgesamt im Rahmen aller erfaßten Gruppen und Geschlechter von einerseits plus 9,3 vH bei den *Arbeiterinnen* des „Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbaus" sowie andererseits lediglich 1,5 vH bei den *Arbeitern* der „Eisen-, Stahl- und Tempergießerei". Der höchste Zuwachs mit 7,1 vH bei den Arbeitern findet sich im Bereich „Herstellung von Büromaschinen (. . .)", der niedrigste bei den Arbeiterinnen mit 1,6 vH im Bereich „Feinkeramik". Bei den *angestellten Männern* gab es den höchsten Zuwachs mit brutto 8,0 vH im Versicherungsgewerbe, während der niedrigste mit je 4,2 vH im „Bergbau" und in der „Mineralölverarbeitung" hingenommen werden mußte. Bei den *angestellten Frauen* gab es den größten Zuwachs mit jeweils 8,3 vH in den Bereichen „Eisenschaffende Industrie" sowie „Schiffbau", den niedrigsten mit lediglich 3,7 vH in der „Feinkeramik".

Zu betonen ist dabei, daß *trotz* der in der gesamten Industrie zu verzeichnenden recht hohen Bruttoverdienst-Zuwächse (von 5,0 vH bei den Arbeitern, 6,1 vH bei den Arbeiterinnen, 5,9 vH bei den männlichen Angestellten und 6,7 vH bei den weiblichen Angestellten) *nach* Abzug von Steuern, Sozialversicherungen und Preisanstieg auf der nettorealen Ebene durchgehend ein *Verlust* eingetreten ist. Dieser Einkommensverlust überwiegt auch in den meisten einzelnen Wirtschaftsbereichen, allein bei den Frauen und insbesondere bei den angestellten Frauen gibt es relativ häufige, wenn jedoch auch nur minimale Reallohnzuwächse. Bei den angestellten Männern, die in der Regel die höchsten absoluten Einkommen erzielen, ist z. B. nur in drei Bereichen ein minimaler Reallohnzuwachs eingetreten, weil dort die Bruttozuwächse mindestens 6,9 vH betrugen. Hier spiegelt sich die schon eingangs erwähnte Überkompensierung der tarifpolitischen Anstrengungen und des gesamtwirtschaftlichen Anstiegs der Arbeitseinkommen durch ebenfalls gestiegene Belastungen aufgrund von Preis- und Abgabensteigerungen.

– *Unterschiede der Verdienstentwicklung zwischen Branchen, Arbeitnehmer-Status, Geschlecht*

Da die höheren Verdienstzuwächse häufig mit sogenannten Wachstumsbranchen und die niedrigeren Zuwächse ebenso häufig mit sogenannten strukturschwachen Branchen verbunden sind, hat sich durch diese differenzierte Verdienstentwicklung der bekannte Langfristtrend immer *größerer* Einkommensunterschiede *zwischen* den *Branchen* fortgesetzt (vgl. *Tabelle 11*). Der im letzten Jahr noch vorhandene kleine Rückgang des Variationskoeffzienten (das ist die relative Abweichung der einzelnen Brancheneinkommen vom Mittelwert aller Brancheneinkommen) bei den männlichen Angestellten ist durch diesen Trend wieder „ausgebügelt". Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird es damit immer wichtiger, in der „richtigen" Branche zu arbeiten bzw. schon bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl sich die richtige auszusuchen.

Aber auch die Niveau-Unterschiede der Bruttoverdienste *zwischen Löhnen* und *Gehältern* sowie zwischen den Geschlechtern nehmen im allgemeinen zu: Ein *Arbeiter* verdiente 1991 im Durchschnitt der gesamten Industrie 72,5 vH eines männlichen *Angestellten* (im Vorjahr noch 73,2 vH); der Anteil des Verdienstes einer Arbeiterin an dem jahresdurchschnittlichen Verdienst einer *weiblichen Angestellten* betrug 1991 78,6 vH (im Vorjahr 79,1 vH). Allein der Unterschied der Verdienste in Abhängigkeit vom *Geschlecht* hat sich im letzten Jahr entgegen dem langjährigen Trend leicht vermindert, nicht zuletzt, weil die *Brutto*verdienst-Zuwächse der Frauen in der Industrie generell sowohl bei den Arbeiterinnen wie bei den weiblichen Angestellten um knapp 1 vH höher lagen als bei den Männern: im Jahresdurchschnitt 1991 verdiente eine

[23]) Vgl. *Dresch, A., Heinlein, D.*, Einführung und erste Ergebnisse . . ., a.a.O. sowie *Dresch, A.*, Bruttojahresverdienste in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1990, in: Wirtschaft und Statistik 12/1991, S. 823 ff.

Tabelle 9

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen von ArbeiterInnen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
(ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

– alte Bundesländer –

Industriezweig	Vollzeitbeschäftigte **Arbeiter**								Vollzeitbeschäftigte **Arbeiterinnen**							
	DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH				DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])		Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	4 015	4 263	2 792	2 875	+ 3,6	+ 6,2	+ 3,7	– 0,6	2 950	3 111	2 052	2 099	+ 2,6	+ 5,4	+ 2,7	– 1,3
Bergbau	3 772	3 854	2 623	2 600	+ 6,1	+ 2,2	+ 6,2	– 4,3	–	–	–	–	–	–	–	–
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 693	3 893	2 568	2 626	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,4	– 1,3	2 738	2 911	1 904	1 964	+ 3,3	+ 6,3	+ 3,4	– 0,4
Eisenschaffende Industrie	3 633	3 793	2 526	2 559	+ 1,6	+ 4,4	+ 1,7	– 2,2	2 659	2 833	1 849	1 911	+ 3,0	+ 6,5	+ 3,1	– 0,3
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3 711	3 767	2 580	2 541	+ 3,4	+ 1,5	+ 3,5	– 4,9	2 942	3 068	2 046	2 069	+ 3,5	+ 4,3	+ 3,6	– 2,4
Ziehereien und Kaltwalzwerke	3 559	3 672	2 475	2 477	+ 1,7	+ 3,2	+ 1,8	– 3,4	2 742	2 850	1 907	1 923	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,1	– 2,7
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 698	3 885	2 571	2 620	+ 4,3	+ 5,1	+ 4,4	– 1,6	2 659	2 816	1 849	1 899	+ 4,6	+ 5,9	+ 4,7	– 0,9
Mineralölverarbeitung	4 680	4 971	3 254	3 353	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,3	– 0,5	3 202	3 402	2 227	2 295	+ 3,9	+ 6,2	+ 4,1	– 0,5
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 950	4 171	2 747	2 814	+ 5,6	+ 5,6	+ 5,7	– 1,1	2 816	2 990	1 958	2 016	+ 4,0	+ 6,2	+ 4,1	– 0,6
Herstellung von Chemiefasern	3 785	3 911	2 632	2 638	+ 5,2	+ 3,3	+ 5,3	– 3,3	2 894	3 029	2 012	2 043	+ 4,1	+ 4,7	+ 4,2	– 2,0
Holzbearbeitung	3 276	3 476	2 278	2 345	+ 4,1	+ 6,1	+ 4,2	– 0,7	2 546	2 720	1 771	1 835	+ 4,1	+ 6,8	+ 4,2	+ 0,0
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	3 915	4 080	2 722	2 752	+ 2,5	+ 4,2	+ 2,6	– 2,4	2 607	2 790	1 813	1 882	+ 3,4	+ 7,0	+ 3,6	+ 0,2
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	3 589	3 741	2 496	2 524	+ 2,6	+ 4,2	+ 2,7	– 2,4	2 777	2 916	1 931	1 967	+ 3,9	+ 5,0	+ 4,0	– 1,7
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 876	4 089	2 695	2 758	+ 4,2	+ 5,5	+ 4,3	– 1,2	2 707	2 959	1 882	1 996	+ 4,7	+ 9,3	+ 4,8	+ 2,3
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 746	3 876	2 605	2 614	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,7	– 3,1	2 716	2 864	1 888	1 931	+ 4,2	+ 5,4	+ 4,3	– 1,3
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 989	4 232	2 774	2 855	+ 4,7	+ 6,1	+ 4,8	– 0,7	3 129	3 341	2 176	2 254	+ 3,6	+ 6,8	+ 3,7	+ 0,0
Schiffbau	3 872	4 063	2 692	2 740	+ 1,4	+ 4,9	+ 1,5	– 1,7	2 972	3 150	2 067	2 125	+ 2,7	+ 6,0	+ 2,8	– 0,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 919	4 180	2 725	2 820	+ 4,6	+ 6,7	+ 4,7	– 0,1	3 016	3 250	2 097	2 192	+ 6,4	+ 7,8	+ 6,5	+ 0,9
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 502	3 693	2 435	2 491	+ 4,5	+ 5,5	+ 4,6	– 1,3	2 629	2 798	1 828	1 888	+ 5,0	+ 6,4	+ 5,1	– 0,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	3 402	3 567	2 366	2 406	+ 5,0	+ 4,9	+ 5,1	– 1,8	2 642	2 798	1 837	1 888	+ 4,6	+ 5,9	+ 4,8	– 0,8
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	3 433	3 607	2 387	2 433	+ 4,1	+ 5,1	+ 4,2	– 1,6	2 551	2 707	1 774	1 826	+ 4,8	+ 6,1	+ 4,9	– 0,6
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 441	3 685	2 393	2 485	+ 4,3	+ 7,1	+ 4,5	+ 0,2	2 816	3 033	1 958	2 046	+ 5,7	+ 7,7	+ 5,8	+ 0,9
Feinkeramik	3 103	3 172	2 157	2 140	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,8	– 4,3	2 412	2 451	1 677	1 653	+ 3,2	+ 1,6	+ 3,3	– 4,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	3 589	3 706	2 496	2 500	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2	– 3,3	2 407	2 512	1 674	1 694	+ 2,8	+ 4,3	+ 2,9	– 2,3
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	3 385	3 567	2 354	2 406	+ 3,7	+ 5,4	+ 3,8	– 1,3	2 568	2 716	1 786	1 832	+ 3,3	+ 5,8	+ 3,4	– 1,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	3 137	3 346	2 182	2 257	+ 2,7	+ 6,6	+ 2,8	– 0,1	2 425	2 551	1 686	1 720	+ 4,3	+ 5,2	+ 4,4	– 1,5
Papier- und Pappeverarbeitung	3 437	3 602	2 390	2 430	+ 5,0	+ 4,8	+ 5,2	– 1,9	2 364	2 512	1 644	1 694	+ 4,8	+ 6,2	+ 4,9	– 0,5
Druckerei, Vervielfältigung	4 115	4 328	2 861	2 919	+ 7,0	+ 5,2	+ 7,1	– 1,5	2 916	3 089	2 027	2 084	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,6	– 0,8
Herstellung von Kunststoffwaren	3 363	3 537	2 339	2 386	+ 4,0	+ 5,2	+ 4,1	– 1,5	2 412	2 559	1 677	1 726	+ 4,5	+ 6,1	+ 4,6	– 0,6
Ledererzeugung	3 163	3 272	2 200	2 207	+ 4,0	+ 3,4	+ 4,1	– 3,2	2 420	2 542	1 683	1 715	+ 5,3	+ 5,0	+ 5,4	– 1,7
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 829	2 933	1 967	1 978	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,9	– 2,9	2 116	2 203	1 472	1 486	+ 5,0	+ 4,1	+ 5,1	– 2,5
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 864	2 946	1 991	1 987	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,9	– 3,7	2 260	2 329	1 571	1 571	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	– 3,5
Textilgewerbe	3 163	3 294	2 200	2 222	+ 2,7	+ 4,1	+ 2,8	– 2,5	2 420	2 555	1 683	1 723	+ 3,0	+ 5,6	+ 3,1	– 1,2
Bekleidungsgewerbe	2 963	3 085	2 061	2 081	+ 1,8	+ 4,1	+ 1,9	– 2,5	2 260	2 368	1 571	1 597	+ 3,2	+ 4,8	+ 3,3	– 1,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 611	3 759	2 511	2 535	+ 4,8	+ 4,1	+ 4,9	– 2,5	2 368	2 481	1 647	1 674	+ 5,0	+ 4,8	+ 5,1	– 1,9
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	3 554	3 793	2 472	2 559	+ 6,0	+ 6,7	+ 6,1	– 0,1	–	–	–	–	–	–	–	–
Industrie (insgesamt) [2])	3 685	3 867	2 562	2 609	+ 4,6	+ 5,0	+ 4,7	– 1,7	2 581	2 738	1 795	1 846	+ 4,0	+ 6,1	+ 4,1	– 0,7

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen in Westdeutschland). –
2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

WSI Mitteilungen 10/1992

Tabelle 10

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen von Angestellten in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
(einschl. Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)

– alte Bundesländer –

Industriezweig	Vollzeitbeschäftigte angestellte **Männer**								Vollzeitbeschäftigte angestellte **Frauen**							
	DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH				DM-Beträge				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])		Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991	1990	1991
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	5 093	5 357	3 542	3 613	+ 3,2	+ 5,2	+ 3,3	– 1,5	3 637	3 827	2 529	2 581	+ 3,5	+ 5,2	+ 3,6	– 1,5
Bergbau	5 860	6 105	4 075	4 118	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,2	– 2,5	3 969	4 177	2 760	2 817	+ 4,8	+ 5,2	+ 4,9	– 1,5
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	5 092	5 380	3 541	3 629	+ 3,9	+ 5,7	+ 4,0	– 1,1	3 419	3 624	2 378	2 444	+ 4,0	+ 6,0	+ 4,1	– 0,8
Eisenschaffende Industrie	5 264	5 609	3 660	3 783	+ 2,9	+ 6,6	+ 3,0	– 0,2	3 454	3 741	2 402	2 523	+ 2,9	+ 8,3	+ 3,0	+ 1,4
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	5 252	5 517	3 652	3 721	+ 3,9	+ 5,0	+ 4,0	– 1,6	3 399	3 626	2 364	2 446	+ 4,2	+ 6,7	+ 4,3	– 0,1
Ziehereien und Kaltwalzwerke	5 210	5 472	3 623	3 691	+ 4,0	+ 5,0	+ 4,1	– 1,7	3 456	3 674	2 403	2 478	+ 3,9	+ 6,3	+ 4,0	– 0,5
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	5 422	5 737	3 770	3 870	+ 4,7	+ 5,8	+ 4,8	– 0,9	3 639	3 891	2 530	2 625	+ 5,0	+ 6,9	+ 5,1	+ 0,1
Mineralölverarbeitung	6 763	7 046	4 703	4 753	+ 2,6	+ 4,2	+ 2,7	– 2,5	4 684	4 893	3 257	3 300	+ 2,5	+ 4,5	+ 2,6	– 2,2
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	5 705	6 046	3 967	4 078	+ 4,3	+ 6,0	+ 4,4	– 0,8	4 141	4 412	2 880	2 976	+ 5,0	+ 6,5	+ 5,2	– 0,2
Herstellung von Chemiefasern	5 463	5 798	3 799	3 911	+ 3,4	+ 6,1	+ 3,5	– 0,6	3 879	4 146	2 697	2 797	+ 4,2	+ 6,9	+ 4,3	+ 0,1
Holzbearbeitung	4 808	5 091	3 343	3 434	+ 4,9	+ 5,9	+ 5,0	– 0,9	3 021	3 233	2 101	2 181	+ 6,4	+ 7,0	+ 6,6	+ 0,2
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	5 738	6 098	3 990	4 113	+ 1,9	+ 6,3	+ 2,0	– 0,5	3 697	3 938	2 571	2 656	+ 3,9	+ 6,5	+ 4,0	– 0,3
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	5 299	5 574	3 685	3 760	+ 4,2	+ 5,2	+ 4,3	– 1,5	3 673	3 878	2 554	2 616	+ 4,5	+ 5,6	+ 4,6	– 1,1
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	5 571	5 882	3 874	3 968	+ 4,2	+ 5,6	+ 4,3	– 1,1	3 547	3 785	2 467	2 553	+ 5,1	+ 6,7	+ 5,2	– 0,1
Maschinenbau, Lokomotivbau	5 468	5 774	3 802	3 895	+ 4,4	+ 5,6	+ 4,5	– 1,1	3 510	3 748	2 441	2 528	+ 4,8	+ 6,8	+ 4,9	+ 0,0
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	5 993	6 404	4 167	4 320	+ 4,1	+ 6,9	+ 4,2	+ 0,1	4 029	4 312	2 802	2 909	+ 4,5	+ 7,0	+ 4,6	+ 0,2
Schiffbau	5 215	5 490	3 626	3 703	+ 3,3	+ 5,3	+ 3,4	– 1,4	3 294	3 567	2 291	2 406	+ 5,3	+ 8,3	+ 5,4	+ 1,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	5 893	6 320	4 098	4 263	+ 4,1	+ 7,2	+ 4,2	+ 0,4	4 018	4 326	2 794	2 918	+ 5,7	+ 7,7	+ 5,8	+ 0,8
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	5 653	5 995	3 931	4 044	+ 4,4	+ 6,0	+ 4,5	– 0,7	3 790	4 039	2 635	2 724	+ 4,9	+ 6,6	+ 5,0	– 0,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	5 168	5 477	3 594	3 694	+ 5,3	+ 6,0	+ 5,4	– 0,8	3 554	3 791	2 471	2 557	+ 5,7	+ 6,7	+ 5,8	– 0,1
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	5 093	5 398	3 542	3 641	+ 4,5	+ 6,0	+ 4,6	– 0,8	3 336	3 570	2 320	2 408	+ 4,7	+ 7,0	+ 4,8	+ 0,2
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	6 244	6 603	4 342	4 454	+ 4,0	+ 5,7	+ 4,1	– 1,0	4 330	4 655	3 011	3 140	+ 5,1	+ 7,5	+ 5,3	+ 0,7
Feinkeramik	4 450	4 647	3 094	3 134	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,4	– 2,2	3 211	3 330	2 233	2 246	+ 4,9	+ 3,7	+ 5,0	– 2,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	5 022	5 290	3 492	3 568	+ 4,2	+ 5,3	+ 4,3	– 1,4	3 316	3 506	2 306	2 365	+ 4,4	+ 5,7	+ 4,5	– 1,0
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	4 718	5 034	3 281	3 396	+ 3,9	+ 6,7	+ 4,0	– 0,1	3 031	3 248	2 108	2 191	+ 4,8	+ 7,2	+ 4,9	+ 0,3
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	4 716	4 953	3 279	3 341	+ 3,4	+ 5,0	+ 3,5	– 1,7	3 199	3 402	2 225	2 295	+ 5,6	+ 6,3	+ 5,7	– 0,4
Papier- und Pappeverarbeitung	5 022	5 288	3 492	3 567	+ 4,3	+ 5,3	+ 4,4	– 1,4	3 259	3 491	2 266	2 355	+ 3,8	+ 7,1	+ 3,9	+ 0,3
Druckerei, Vervielfältigung	5 353	5 694	3 722	3 841	+ 5,6	+ 6,4	+ 5,7	– 0,4	3 572	3 818	2 484	2 575	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,2	+ 0,1
Herstellung von Kunststoffwaren	5 089	5 366	3 539	3 619	+ 4,0	+ 5,4	+ 4,1	– 1,3	3 309	3 514	2 301	2 370	+ 4,1	+ 6,2	+ 4,2	– 0,6
Ledererzeugung	4 790	5 048	3 331	3 405	+ 2,7	+ 5,4	+ 2,8	– 1,3	3 043	3 278	2 116	2 211	+ 3,5	+ 7,7	+ 3,6	+ 0,9
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	4 333	4 552	3 013	3 070	+ 3,8	+ 5,1	+ 3,9	– 1,6	2 874	3 057	1 999	2 062	+ 5,4	+ 6,4	+ 5,5	– 0,4
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	4 432	4 640	3 082	3 130	+ 2,6	+ 4,7	+ 2,7	– 2,0	2 935	3 129	2 041	2 111	+ 4,3	+ 6,6	+ 4,4	– 0,2
Textilgewerbe	4 636	4 903	3 224	3 307	+ 3,3	+ 5,8	+ 3,4	– 1,0	3 232	3 454	2 247	2 330	+ 3,7	+ 6,9	+ 3,8	+ 0,1
Bekleidungsgewerbe	4 533	4 756	3 152	3 208	+ 3,2	+ 4,9	+ 3,3	– 1,8	3 244	3 492	2 256	2 355	+ 3,9	+ 7,6	+ 4,0	+ 0,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4 956	5 187	3 446	3 499	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,8	– 2,0	3 459	3 650	2 405	2 462	+ 4,9	+ 5,5	+ 5,0	– 1,2
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	5 451	5 807	3 791	3 917	+ 5,7	+ 6,5	+ 5,8	– 0,3	3 361	3 563	2 337	2 403	+ 5,4	+ 6,0	+ 5,5	– 0,7
Großhandel	4 355	4 578	3 028	3 088	+ 4,6	+ 5,1	+ 4,7	– 1,6	3 021	3 197	2 101	2 156	+ 5,1	+ 5,8	+ 5,2	– 0,9
Einzelhandel	3 786	3 974	2 633	2 681	+ 4,7	+ 5,0	+ 4,8	– 1,7	2 599	2 765	1 807	1 865	+ 5,7	+ 6,4	+ 5,8	– 0,4
Kreditinstitute	4 535	4 825	3 154	3 255	+ 4,7	+ 6,4	+ 4,8	– 0,4	3 487	3 705	2 425	2 499	+ 4,8	+ 6,3	+ 4,9	– 0,5
Versicherungsgewerbe	4 807	5 190	3 343	3 501	+ 3,0	+ 8,0	+ 3,1	+ 1,1	3 742	4 040	2 602	2 725	+ 2,8	+ 8,0	+ 2,9	+ 1,1
Industrie (insgesamt) [2])	5 037	5 335	3 503	3 599	+ 4,4	+ 5,9	+ 4,5	– 0,8	3 265	3 483	2 270	2 349	+ 5,1	+ 6,7	+ 5,2	– 0,1

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen in Westdeutschland). –
2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Arbeiterin 70,8 vH des durchschnittlichen Bruttoverdienstes eines *Arbeiters* (im Vorjahr 70,0 vH); eine *weibliche Angestellte* verdiente 65,3 vH eines *männlichen Angestellten* (im Vorjahr 64,8 vH). Übrigens sind die entsprechenden Anteile auf Nettobasis mit den genannten Brutto-Anteilen fast identisch. Angesichts des generellen Problems von Frauendiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und bei Arbeitseinkommen[24]) ist dies jedoch nur ein bescheidener Verbesserungsbeitrag.

Tabelle 11

Entwicklung der Einkommensunterschiede zwischen den Branchen
(Effektiveinkommen ohne Sonderzahlungen)

– alte Bundesländer –

Beschäftigtengruppe		Variationskoeffizient						
		1968	1972	1976	1980	1984	1990	1991
Angestellte[1])	m	7,54	8,14	9,66	10,16	11,06	11,75	11,88
	w	8,54	9,73	10,74	10,84	12,06	12,67	12,57
Arbeiter[2])	m	8,44	9,50	10,09	9,92	10,42	12,17	12,37
	w	7,87	9,47	10,14	9,92	10,68	12,56	12,64

1) Auf Basis der effektiven Monatslöhne. – 2) Auf Basis der effektiven Stundenlöhne.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

– *Verdienst-Sonderzahlungen*

Die in den jahresdurchschnittlich bezogenen regelmäßigen Monatsverdienste der Tabellen 9 und 10 nicht enthaltenen *Sonderzahlungen* sind in *Tabelle 12* als Prozentsätze dieser laufenden Verdienste wiedergegeben; rechnet man sie in absolute Beträge um und erhöht damit die durchschnittlichen laufenden Verdienste zu einem Gesamtverdienst, so verstärken sie die schon bei den regelmäßigen Verdiensten beobachtbaren Differenzierungen: angestellte Männer und Frauen in der Industrie (einschließlich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) erhalten durchschnittlich in 1990 (für 1991 liegen noch keine entsprechenden Auswertungen vor) 13,7 vH (im Vorjahr 13,4 vH) der regelmäßigen Monatsverdienste als zusätzliche Einkommens-Bestandteile. Besonders kräftig ist der Anteil der Sonderzahlungen bei Angestellten in den Bereichen Kreditinstitute (18,6 vH), Chemische Industrie (17,3 vH) und Versicherungsgewerbe (16,6 vH). Das Gewicht der Sonderzahlungen bei den Arbeitern (Männer und Frauen) ist jedoch im Durchschnitt der Industrie mit 10,5 vH (im Vorjahr 9,8 vH) deutlich niedriger. Aber auch hier gibt es einzelne Branchen mit herausragenden Anteilen: 20,6 vH in der Feinkeramik, 20,5 vH in der Mineralölverarbeitung und 16,0 vH in der Chemischen Industrie.

3.3 Besonders niedrige („ungerechte") Arbeitseinkommen

Auch für die *durchschnittlichen* Effektivverdienste der vollzeitbeschäftigten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer gilt, was oben schon für die *Durchschnitte* von volkswirtschaftlichen Gewinn- und Arbeitseinkommensgrößen gesagt wurde: Sie sind noch nicht einmal repräsentativ für die meisten Einkommensbezieher und überdecken große Unterschiede zwischen niedrigen und hohen Verdiensten und ihren Beziehern. Solche Unterschiede könnten in einer Schichtung der individuellen Arbeitseinkommen deutlich gemacht werden, die die Einkommenshöhe und die Zahl ihrer Bezieher gestaffelten Einkommensgrößenklassen mit möglichst engen Bandbreiten innerhalb jeder Größenklasse zuordnet. Solche Schichtungen sind im Rahmen der Verdienststatistik jedoch nicht möglich und im Rahmen anderer amtlicher Statistiken, genauer: der Erwerbstätigenstatistik des *Statistischen Bundesamtes* (Fachserie 1, Reihe 4.2.2) bisher nur für den Westen und auch dort nur mit einem großen zeitlichen Rückstand verfügbar – auch wenn die damit darstellbaren Strukturen bis heute wahrscheinlich weitgehend stabil geblieben sind.

Auf Basis dieser West-Schichtungen sind z. B. 1991 im Auftrag der *EG-Kommission* vom *WSI* sogenannte zu niedrige oder „ungerechte" Arbeitseinkommen untersucht worden, die im Rahmen des kommenden europäischen Binnenmarktes und der dafür auch von der EG-Kommission als notwendig erachteten „sozialen Komponente" auf Dauer nicht weiter geduldet bzw. beseitigt werden sollen. Definiert worden ist darin die Schwelle zu Ungerechtigkeit als das Unterschreiten eines individuellen Arbeitseinkommens von Vollzeitbeschäftigten unter 50 vH, 66 vH oder 80 vH des nationalen *Median*-Arbeitseinkommens[25]) – wobei 66 vH praktisch identisch ist mit einer seit langem bestehenden, aber bisher kaum eingehaltenen Norm der *Europäischen Sozialcharta (ESC)*. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die hier schon einmal für den Westen der *Bundesrepublik* wie für die *Europäische Gemeinschaft* insgesamt ausführlich vorgestellt worden sind[26]), beleuchten ein überraschend großes Ausmaß an Einkommensarmut auch *innerhalb* der Arbeitswelt – während sonst normalerweise der Armutsbegriff auf Personen und Haushalte *ohne* Arbeit beschränkt wird. Sie haben gleichzeitig dokumentiert, daß diese unteren Arbeitseinkommen in ihrer Relation zu den Einkommen ohne Arbeit – wie Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe – unter normativen wie leistungsbezogenen Aspekten nicht „stimmen" und deshalb geeignete Maßnahmen zu ihrer Abhilfe auch diese Relationen im unteren Teil der West-Einkommenspyramide neu ordnen müssen. Diese Probleme werden jetzt durch die zunehmenden Einkommensdifferenzierungen in Ostdeutschland verstärkt und verschärft.

Zwar liegen für die *neuen* Bundesländer Einkommenschichtungen wie für den Westen bei den Vollzeitbeschäftigten noch nicht vor. Doch allein die oben schon erwähnten deutlich niedrigeren Durchschnitts-Arbeitseinkommen von Nicht-Vollzeitbeschäftigten (einschließlich Kurzarbeiter) lassen darunter eine erhebliche Anzahl von ungerechten Einkommen im Sinn

[24]) Siehe zu den Verhältnissen in Westdeutschland z. B. die Beiträge von *Dürk, B.*, Wenn das Brunnenmädchen im Heilbad den Hahn zudreht . . . – Frauen im Öffentlichen Dienst fordern die Aufwertung ihrer Tätigkeit, in: WSI-Mitteilungen 12/1991, S. 724 ff. – *Lang, K., Vogelheim, E.*, (Nur) Samstags gehört Papi uns? – Oder: Die Geschlechterfrage in der Tarifpolitik, ebenda 4/1992, S. 216 ff. – *Hübler, O.*, Dynamik des Arbeitseinkommens und geschlechtsspezifische Diskriminierung, in: Hujer, R., Schneider, H., Zapf, W., (Hrsg.), Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel, Frankfurt/New York 1992, S. 435 ff. – Vgl. zu den Verhältnissen in Ostdeutschland *Kurz-Scherf, I.*, Geschlechterkampf . . ., a.a.O. – *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, IAB-Kurzberichte . . ., a.a.O.

[25]) Der Median bezeichnet als geometrisches Mittel – im Unterschied zum arithmetischen Mittel bei den meisten anderen Einkommensdurchschnitts-Angaben – genau diejenige Einkommenshöhe in einer Volkswirtschaft, die die Hälfte der Einkommensbezieher mit ihren Einkommen auf keinen Fall erreicht, während die andere Hälfte der Einkommensbezieher mit ihren Einkommen auf jeden Fall darüber liegt.

[26]) Vgl. *Schäfer, C.*, Europa sucht einen „gerechten" Lohn – Umfang und Probleme zu niedriger Arbeitseinkommen in Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft, in: WSI-Mitteilungen 12/1991, S. 711 ff.

Tabelle 12

Sonderzahlungen in vH der Effektivverdienste von Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel, Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe
Männer und Frauen

– alte Bundesländer –

Wirtschaftszweig	Arbeiter					Angestellte				
	1976	1980	1984	1989	1990	1976	1980	1984	1989	1990
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	12,3	13,9	14,4	14,0	14,4	13,9	14,5	14,7	14,2	14,5
Bergbau	5,1	6,9	8,4	7,7	7,6	7,6	8,3	7,8	8,6	8,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	6,0	6,3	6,2	6,5	6,6	11,4	11,1	11,7	11,8	12,0
Eisenschaffende Industrie	12,2	10,0	8,2	9,9	9,9	10,0	11,7	9,8	9,3	11,0
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	10,4	12,7	11,7	11,2	12,8	13,4	11,7	9,8	11,1	11,6
Ziehereien und Kaltwalzwerke	8,9	10,8	9,8	9,0	11,5	12,8	12,1	11,4	9,4	12,0
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	8,7	11,1	11,0	10,2	11,3	12,7	12,7	13,1	13,1	13,8
Mineralölverarbeitung	13,5	15,5	14,0	19,6	20,5	12,9	11,7	13,4	12,7	15,5
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	12,4	15,0	13,5	16,8	16,0	15,4	14,5	14,2	16,9	17,3
Herstellung von Chemiefasern	14,0	14,8	11,0	13,4	12,2	13,2	14,0	11,5	12,6	13,9
Holzbearbeitung	7,6	8,5	8,0	7,7	8,9	11,3	12,2	12,8	12,6	11,6
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	7,5	10,9	8,7	7,6	9,5	12,4	10,0	10,4	10,0	12,0
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	9,1	7,3	9,2	8,1	8,9	12,5	12,8	11,2	10,3	10,8
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	10,1	10,8	10,1	7,7	9,9	13,3	13,5	11,4	10,4	11,5
Maschinenbau, Lokomotivbau	10,2	11,1	10,5	9,4	11,0	12,5	13,2	12,8	12,4	13,9
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	11,9	12,8	9,6	12,7	13,4	14,1	15,2	13,2	14,2	15,4
Schiffbau	10,0	9,9	10,4	4,7	8,4	15,0	11,1	12,4	10,4	9,9
Luft- und Raumfahrzeugbau	12,8	13,1	15,2	12,7	13,5	16,1	16,5	14,1	11,8	13,2
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	9,9	10,8	10,1	9,7	10,5	12,4	12,8	12,9	14,0	14,1
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	10,9	10,8	9,7	8,1	9,8	11,8	11,9	10,2	12,0	12,6
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	10,6	12,0	10,9	10,4	12,5	12,5	12,9	12,0	12,3	13,2
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	11,2	10,6	9,2	10,9	12,3	12,7	7,8	7,8	7,8	12,4
Feinkeramik	8,1	8,5	8,1	7,4	20,6	11,1	10,7	8,4	10,9	11,3
Herstellung und Verarbeitung von Glas	9,1	10,0	9,1	9,6	10,5	10,6	10,6	11,4	12,5	12,9
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	8,5	11,4	10,3	9,3	10,3	10,2	11,6	10,7	11,0	11,4
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	10,1	10,7	10,8	8,1	9,5	12,7	13,0	12,0	10,9	10,9
Papier- und Pappeverarbeitung	9,8	12,1	11,3	10,7	11,4	11,6	11,7	13,0	13,2	13,6
Druckerei, Vervielfältigung	8,9	13,1	11,0	11,1	11,1	12,4	14,0	13,9	14,7	15,1
Herstellung von Kunststoffwaren	10,0	10,7	9,7	8,8	10,1	12,5	12,5	10,8	10,1	12,0
Ledererzeugung	9,2	7,9	7,9	7,1	6,2	13,5	9,1	9,2	5,8	6,7
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	9,0	9,7	8,7	8,4	8,1	11,2	11,1	8,2	10,5	10,0
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	7,1	7,8	6,0	6,3	7,8	10,1	12,1	11,3	10,2	11,2
Textilgewerbe	7,8	8,3	6,7	5,4	7,9	9,2	8,7	7,4	8,4	9,9
Bekleidungsgewerbe	7,4	6,4	5,2	5,4	7,1	10,2	9,5	8,0	9,4	10,6
Brot- und Backwarenindustrie	6,8	7,5	5,8	4,0	6,3	7,1	7,8	5,6	6,9	7,8
Obst- und Gemüseverarbeitung	11,7	10,4	8,8	9,6	11,3	12,9	12,8	10,2	9,5	9,7
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	6,7	7,8	7,1	8,7	9,1	11,0	9,1	8,9	9,4	10,2
Fischverarbeitung	3,4	8,2	6,2	4,5	5,9	10,6	12,4	11,3	11,6	13,1
Brauerei, Mälzerei	5,6	8,7	8,6	9,4	9,1	11,3	10,9	11,6	12,2	13,5
Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	6,5	5,2	4,0	1,6	5,4	8,6	9,1	4,6	6,5	7,4
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	13,7	18,8	16,9	14,1	14,8	14,3	17,0	17,2	9,1	12,1
Hoch- und Tiefbau (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	–	–	–	–	/	8,4	8,4	8,6	7,9	8,7
Großhandel	–	–	–	–	/	12,6	13,9	10,4	10,5	11,8
Einzelhandel	–	–	–	–	/	11,9	11,7	9,6	9,2	8,2
Kreditinstitute	–	–	–	–	/	16,5	16,3	16,3	16,9	18,6
Versicherungsgewerbe	–	–	–	–	/	15,5	14,8	14,8	16,1	16,6
Industrie (einschl. Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe)	–	–	–	–	/	13,7	13,8	12,8	13,4	14,2
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	8,9	9,7	9,1	9,8	10,5	12,4	12,7	12,1	12,8	13,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. – Berechnungen des WSI.

der erwähnten EG- und ESC-Kriterien vermuten. Gleiches dürfte für die Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten im Osten gelten. Zugleich ist aber zu befürchten, daß im Zuge eines wie gehabt praktizierten Anpassungsprozesses die neuen Bundesländer die alten in den Ungleichheiten und auch Ungerechtigkeiten einholen und sogar *über*holen, wenn durch weiterwachsende Arbeitslosigkeit die Einkommen *aus* Arbeit zunehmend durch Einkommen *ohne* Arbeit, also Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe im weitesten Sinne, ersetzt werden müssen. Die schon innerhalb eines einzigen Jahres nachweisbaren Veränderungen, und darunter insbesondere die zu Lasten der Frauen, machen diese Befürchtung sehr real. Möglicherweise ist in den neuen Bundesländern insbesondere der Bereich „zu niedriger" bzw. „ungerechter" Einkommen in der Arbeit schon jetzt oder bald größer als in den alten Bundesländern.

Dafür spricht das in absehbarer Zeit noch niedrige statistisch ausgewiesene bzw. tarifvertraglich vereinbarte Verdienstniveau in vielen einzelnen Branchen; dafür sprechen Indizien, nach denen diese „offiziellen" Niveaus de facto unterschritten bzw. nicht gezahlt werden; dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß das im Osten faktisch geleistete Sozialhilfeniveau als Ausdruck des sozio-kulturellen Mindestlebensstandards sich kaum noch vom West-Niveau unterscheidet – genau: um 18 DM oder 3,7 vH beim Vergleich der durchschnittlichen Eckregelsätze der alten und der neuen Bundesländer[27]) – was bedeutet, daß der *Abstand* von Arbeitseinkommen und Sozialhilfeeinkommen im Osten viel *kleiner* ist als im Westen. Teilweise überschneiden sich beide Einkommensbereiche sogar, wenn z. B. eine tarifliche Öffnungsklausel für das Frisörhandwerk im Osten in sehr ländlichen Gebieten einen Grundtarif von 900 DM statt 1 200 DM zuläßt oder auch „normale" Tarifverträge ohne Öffnungsklausel im Osten für die untersten Lohngruppen wenig mehr als 1 000 DM vorsehen[28]).

Bei der eben schon angesprochenen notwendigen Beseitigung zu niedriger Arbeitseinkommen im Rahmen eines reformerischen Umbaus des Einkommenspyramiden-Sockels sind allerdings neben den individuellen Arbeits- und Lohnersatzleistungen auch die Situationen der jeweiligen Haushaltseinkommen zu berücksichtigen.

[27]) Siehe die Zahlenangaben in der Übersicht bei: *o. V.*, Sozialhilfesätze in den alten und neuen Bundesländern konvergieren, in: Sozialrecht und Praxis 8/1992, S. 477 f.

[28]) Vgl. zu dieser und anderen Öffnungsklauseln *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, Tarifpolitik in den neuen Bundesländern . . ., a.a.O., S. 15 ff.

Tabelle 13

Verfügbare Haushaltseinkommen[1]) von sozialen Gruppen[2]) (im Monatsdurchschnitt)
nominal und real
– alte Bundesländer –

Jahr	Selbständigenhaushalte		Arbeitnehmerhaushalte			Nichterwerbstätigenhaushalte			
	Landwirte	Sonstige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Arbeitslose	Sozialhilfe-E.	Rentner	Pensionäre
	– Nominaleinkommen (im Monatsdurchschnitt) –								
1972	2 730	5 085	2 377	2 074	1 660	1 211	801	1 157	1 663
1980	3 177	6 501	4 060	3 488	2 936	1 877	1 306	2 098	2 987
1981	3 325	5 831	4 249	3 643	3 083	2 010	1 352	2 221	3 196
1982	4 217	5 561	4 325	3 762	3 126	1 996	1 373	2 333	3 330
1983	3 436	7 205	4 375	3 820	3 155	1 914	1 385	2 348	3 297
1984	3 942	8 032	4 448	3 894	3 189	1 879	1 432	2 402	3 343
1985	3 748	8 583	4 579	3 976	3 246	1 901	1 536	2 458	3 439
1986	4 473	9 999	4 771	4 175	3 402	1 995	1 598	2 544	3 552
1987	3 706	10 432	4 892	4 288	3 481	2 098	1 646	2 626	3 643
1988	4 734	11 578	5 067	4 425	3 610	2 153	1 709	2 729	3 767
1989	5 853	11 586	5 202	4 578	3 691	2 184	1 798	2 851	3 903
1990	5 286	12 856	5 559	4 903	4 004	2 441	1 901	2 989	4 093
1991	4 700	12 562	5 762	5 052	4 158	2 502	2 025	3 165	4 315
	– Realeinkommen[3]) (1972 = 100) –								
1991	86,2	123,6	124,2	124,8	128,3	104,4	127,8	138,2	131,1
	– Realeinkommen[3]) (1980 = 100) –								
1991	109,5	143,1	106,4	108,5	106,1	99,4	115,5	112,5	107,7
	– Durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder –								
1972	4,6	3,3	3,2	2,8	3,2	2,9	2,1	1,7	1,7
1991	3,9	2,8	2,8	2,4	2,8	2,3	2,3	1,6	1,6

1) Darunter ist zu verstehen die Summe sämtlicher zufließender Einkommen (also neben Arbeitseinkommen auch jenes aus Vermögen, Unternehmertätigkeit, Vermietung etc. einschließlich der sozialen Transferleistungen wie etwa Wohngeld etc.) abzüglich der Steuern und Abgaben (Sozialbeträge). Bei den Selbständigenhaushalten sind auch die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den Einkommen enthalten. – 2) Revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für den ganzen Zeitraum ab 1972, d. h. die Ergebnisse der Volkszählung usw. von 1987 sind für den ganzen Zeitraum berücksichtigt. – 3) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung der jeweiligen Haushaltstypen entsprechend Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7.

Quelle: Statistisches Bundesamt. – Berechnungen des WSI.

4. Haushalts-Einkommen der sozialen Gruppen (in West und Ost)

Die *individuellen* Arbeitseinkommen wie generell alle individuellen Einkommen geben für sich allein noch keinen letzten Aufschluß über den jeweiligen Lebensstandard, weil sie in private *Haushalte* fließen, wo meist *mehrere* Einkommensarten – häufig auch von *mehreren* Einkommensbeziehern – zusammenkommen und dort in der Regel auch von noch mehr Personen verausgabt werden. Trotzdem dominiert in den meisten Haushalten immer noch bei weitem *eine* Einkommensart, so daß die privaten Haushalte nach deren Quelle bzw. der dazugehörigen Erwerbs- oder Nichterwerbstätigkeit unterschieden und die jeweiligen Haushaltseinkommen gegenübergestellt werden können, um den materiellen Lebensstandard von Familien und anderen Lebenszusammenhängen zu beleuchten. Vor kurzem hat das *Statistische Bundesamt* auf der Basis der (wegen der Volkszählung von 1987 und anderen Großzählungen) *revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* neue Daten zum durchschnittlich verfügbaren Einkommen der *Privathaushalte* von 1972–1991 in den *alten* Bundesländern vorgelegt[29]), deren wichtigste Ergebnisse in *Tabelle 13* wiedergegeben werden. Sie spiegeln insbesondere beim Vergleich zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen die schon aus der oben erwähnten gesamtwirtschaftlichen Betrachtung der Einkommensverteilung bekannten Ungleichheiten der Einkommensniveaus wie der Einkommensentwicklung wider: Das verfügbare Realeinkommen der *Arbeitnehmer*-Haushalte ist seit 1980 insgesamt nur geringfügig gestiegen, am stärksten bei den *Angestellten*-Haushalten mit einem Zuwachs für den ganzen Zeitraum von zusammen 8,5 vH. Dagegen hat das verfügbare Realeinkommen der *Selbständigen*-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft seit 1980 um fast die Hälfte (genau 43,1 vH) bis 1991 zugenommen. Die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder ist übrigens – mit Ausnahme der leicht unterdurchschnittlich besetzten Angestellten-Haushalte – in Arbeitnehmer- und Selbständigen-Haushalten außerhalb der Landwirtschaft identisch.

Die *Abweichungen* der hier referierten durchschnittlichen Haushaltseinkommen nach der VGR-Revision zu denen *vor* der VGR-Revision, wie sie im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht noch veröffentlicht wurden, erklärt das *Statistische Bundesamt* im wesentlichen mit der Revision der VGR-Aggregatgrößen selbst, aber auch mit einer Anzahl sich gegenseitig überlagernder anderer Faktoren, deren Einflüsse auf die Niveauänderungen nicht eindeutig zugerechnet werden könnten[30]). Im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht ist ein Teil dieser Aggregat-Veränderungen in der VGR, soweit sie in die Berechnung von Einkommens*durchschnitten* einfließen, hinsichtlich ihrer Aussagefähigkeit schon *kritisiert* worden[31]). Insbesondere die Niveauerhöhung der Bruttolohn- und -gehaltsumme, die zur Erhöhung des durchschnittlichen individuellen Arbeitseinkommens in der Gesamtwirtschaft führt und auch auf die Erhöhung der Arbeitnehmer-Haushaltseinkommen durchschlägt, war im wesentlichen auf die revisionsbedingte Entdeckung bisher unbekannter nicht-sozialversicherungspflichtiger Arbeitseinkommen zurückzuführen; doch die sind einerseits sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zuzurechnen und andererseits hohen Einkommen, die die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung übersteigen. Beide Gruppen von Arbeitseinkommen-Beziehern bzw. beide Arbeitseinkommensarten aber sind *nicht* repräsentativ für die Arbeitnehmer-Haushalte insgesamt; *trotzdem* führt im Rahmen der Revision der von ihnen ausgehende Einkommenseffekt rechnerisch zur Erhöhung des durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts-Einkommens seit 1972 – und indirekt auch zu einer Absenkung des Niveaus der Selbständigenhaushalts-Einkommen. Bei einer Einkommens*schichtung* der Haushalts-Einkommen dagegen ließen sich die beiden Effekte den zugehörigen Einkommensgrößenklassen, also in der Regel den *unteren* und den *oberen* Einkommensgrößenklassen der Arbeitnehmer (einschließlich leitende Angestellte), im Prinzip besser zurechnen. Doch das *Statistische Bundesamt* sieht sich zu einer Einkommensschichtung seiner Haushalts-Einkommensdaten noch nicht in der Lage; und auch die vom *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* in der Vergangenheit vorgelegten Schichtungsrechnungen finden nach Auskunft des *DIW* vorerst noch keine Aktualisierung.

Im wesentlichen werden jedoch auch zeitnahe Schichtungen der Haushaltseinkommen die bekannten Ungleichheits-Strukturen der Vergangenheit aufweisen und dabei auch die aus der Schichtung der individuellen Arbeitseinkommen bekannten Differenzierungen hinter den Einkommensdurchschnitten reflektieren. Das heißt, auch für die Haushaltseinkommens-Ebene gibt es parallel zu den individuellen Arbeitseinkommen eine Schicht von Haushalten mit *zu niedrigen* bzw. *„ungerechten"* Einkommen, die wiederum in ihrer Relation zu den Haushaltseinkommen der *Arbeitslosen* und der *Sozialhilfeempfänger* zu vergleichen sind. Verschiedene Daten aus anderen Zusammenhängen legen nahe, daß für den Westteil der Bundesrepublik die beiden letztgenannten Haushaltsgruppen nur ein *Teil* der erstgenannten Gruppe sind und daß diese zugleich weit

[29]) Vgl. ausführlich *Spies, V., Mitarbeiter*, Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen – Revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1972 bis 1991, in: Wirtschaft und Statistik 7/1992, S. 418 ff.

[30]) Ebenda, S. 429.

[31]) Vgl. *Schäfer, C.*, Zunehmende Schieflagen in der Einkommensverteilung . . ., a.a.O., S. 598 f.

größer als gemeinhin vermutet ist. Wesentliche Belege dafür stammen z. B. wiederum aus den schon für die individuellen Arbeitseinkommen herangezogenen Befragungen und Hochrechnungen des *Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)* der letzten Jahre für Westdeutschland[32]). Danach ist das zahlenmäßige Volumen dieser Haushalts-Gruppe und der in ihnen lebenden Personen mit „zu niedrigen" Einkommen im Zeitverlauf erstaunlich stabil und umfaßt, je nach zugrundegelgter „Ungerechtigkeits- oder Armutsgrenze", einen erheblichen Teil der Bevölkerung: rund 10 vH sind es, wenn als Armutsschwelle das Unterschreiten von 50 vH des *Referenzeinkommens* zugrunde gelegt wird, und sogar rund 20 vH – also jeder fünfte Westdeutsche – bei einer Armutsschwelle von 60 vH. Diese Armutsschwellen sind in der Dimension teilweise denen vergleichbar, die im oben genannten *WSI-Gutachten* für die *EG-Kommission* über zu niedrige individuelle Arbeitseinkommen benutzt wurden (50 vH, 66 vH und 80 vH). Allerdings ist das *Referenzeinkommen* im Rahmen des *SOEP* ein anderes, nämlich ein standardisiertes durchschnittliches Haushalts-Einkommen, das auch die unterschiedliche Haushaltsgröße wie den unterschiedlichen „Einkommensbedarf" von Erwachsenen und Kindern berücksichtigt („Äquivalenzeinkommen"). Zwar bleibt die *Zusammensetzung* dieser Gruppen „einkommensarmer" Haushalte im Zeitverlauf nicht stabil, weil es einigen nach einiger Zeit gelingt, einkommensmäßig „aufzusteigen" (bei der 50 vH-Armutsschwelle im Durchschnitt nach zweieinhalb Jahren, am längsten bei den Alleinerziehenden mit bis zu vier Jahren), während gleichzeitig andere aus den verschiedensten Gründen immer wieder in die Armut „hineinwachsen". Doch sowohl die genannte Zeitdauer wie der Gruppen-Umfang machen das Problem der Einkommensarmut von Haushalten weder zu einer kurzfristigen bzw. vorübergehenden noch zu einer generell vernachlässigbaren Angelegenheit[33]).

Bestätigt werden die *SOEP*-Daten in vieler Hinsicht durch ein jüngstes Gutachten für den *Deutschen Caritasverband* durch Prof. *Richard Hauser* von der *Universität Frankfurt*[34]). Zugleich legt diese Studie ihren Finger auf eine weitere Wunde in der Aussagefähigkeit von Einkommensdaten, indem auch sie erneut darauf hinweist, daß die absolute Höhe von selbst *mittleren* Einkommen durch ständig steigende Einkommensverwendungen zugunsten der *Mietkosten* immer stärker „ausgehöhlt" wird; um so mehr gilt das für Bezieher von *unteren* Haushaltseinkommen: Von den Mieter-Haushalten, die *keine* Sozialhilfe beziehen, hatten nach der *Caritas*-Studie im Frühjahr 1991 38,4 vH eine monatliche Warmmietbelastung von 30 vH und mehr – und trotzdem bezogen davon lediglich 36 vH der Haushalte Wohngeld, was auf in erheblichem Maß *nicht* geltend gemachte Wohngeldansprüche hindeutet. Von Arbeitslosen und Alleinerziehenden hatten sogar 39,9 vH der Haushalte eine Mietbelastung von 40 vH und mehr. Auch die Verschuldung und teilweise die *Über*schuldung insbesondere von Haushalten mit niedrigem Einkommen ist ein weiterer Faktor, der das Einkommen als herkömmlicher Wohlstands-Indikator von Haushalten zunehmend fragwürdig macht[35]).

Alle in diesem Abschnitt bisher genannten Einkommensdaten beziehen sich auf die Haushalte der *alten* Bundesländer; doch die von ihnen bezeichneten Probleme gelten im Prinzip auch für die *neuen* Bundesländer. Eine für die neuen Bundesländer um die Jahreswende 1990/91 vom *DIW* ermittelte Haushaltseinkommens-Schichtung ist im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht schon vorgestellt worden. Jüngere Daten dazu gibt es bisher von keiner Seite; auch eine neuere Angabe für die *Durchschnitts*einkommen der Haushalte in den neuen Bundesländern ist nicht bekannt[36]). Und eine Schätzung über die seit Jahresanfang 1991 vollzogene Entwicklung bei den Haushaltseinkommen dort fällt deshalb schwer, weil sich in den neuen Bundesländern zwei gegenläufige Einkommensentwicklungen überlagern: Einerseits eine Einkommenssteigerung durch die Anpassung von Arbeitseinkommen und Renteneinkommen an das West-Niveau, andererseits durch zunehmende offene und versteckte Arbeitslosigkeit einkommenssenkende Übergänge zu Lohnersatzleistungen und Sozialtransfers. Selbst wenn aber bei den *Haushalts*einkommen der neuen Bundesländer wie bei den *individuellen* Arbeitseinkommen dort (s. oben) der Einkommensabstand zum West-Niveau inzwischen verkürzt sein sollte, spricht gleichzeitig vieles wie bei den Individualeinkommen für größer gewordene Einkommensdifferenzierungen hinter den jeweiligen Durchschnitten.

So ist z. B. zu vermuten, daß wegen der in der ehemaligen DDR weit höheren *Frauenerwerbsquote* als in der

32) Siehe dazu und zu weiteren Informationen über die Betroffenheit von Haushalten durch Einkommensarmut, ihr Armutsrisiko usw. in Abhängigkeit von verschiedenen Haushalts-Merkmalen *Habich, R., Krause, P.*, Niedrigeinkommen und Armut, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1992, a.a.O., S. 462 ff., hier S. 467 f.

33) Siehe ausführlicher dazu *Hauser, R., Berntsen, R.*, Einkommensarmut – Determinanten von Aufstiegen und Abstiegen, in: Hujer, R., Schneider, H., Zapf, W., (Hrsg.), Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat . . ., a.a.O., S. 73 ff. – *Berntsen, R.*, Dynamik in der Einkommensverteilung privater Haushalte – Eine empirische Längsschnittanalyse für die Bundesrepublik, Frankfurt/New York 1992.

34) Zitiert nach: Wohnungsnot stürzt immer mehr Menschen in Armut, in: Frankfurter Rundschau vom 9. 9. 1992.

35) Vgl. zur Verschuldungsproblematik in Westdeutschland auch die Beiträge von *Korczak, D.*, Verschuldung und Überschuldung von Privatpersonen in den alten Bundesländern, in: WSI-Mitteilungen 12/1991, S. 741 ff. sowie *Reifner, U.*, Überschuldung und Schuldbefreiung – Ansätze zur Regelung der Probleme überschuldeter Verbraucher, ebenda, S. 749 ff.

36) Allerdings wurden zu einem Teil des Haushaltseinkommens in Ostdeutschland, dem Vermögenseinkommen, erstmals Zahlen vorgelegt von *Bedau, K.-D.*, Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1991, in: DIW-Wochenbericht 30/1992, S. 371 ff.

alten Bundesrepublik in den neuen Bundesländern einerseits noch Haushalte mit zwei „Vollverdienern" und andererseits viele Haushalte mit schon zwei erwerbslosen Hauptverdienern bzw. Ehepartnern existieren. Innerhalb dieser Spanne bedeutet aber auch schon allein die überproportional häufige Arbeitslosigkeit der (Ehe-)Frau eine erhebliche Reduzierung des Haushaltseinkommens in Ostdeutschland, weil dort der *Beitrag* der *Frauen* zum Haushalts-Einkommen früher deutlich *höher* war als in Westdeutschland; nach 1990/91 betrug dieser Beitrag der ostdeutschen Frauen zum Haushalts-*Netto*einkommen rund 40 vH, bei vollzeitbeschäftigten Frauen sogar rund 45 vH bzw. fast die Hälfte[37]). Es ist oben schon darauf hingewiesen worden, daß sich individuelle Arbeitseinkommen und individuelle Sozialhilfeansprüche im Osten viel weniger unterscheiden als im Westen, teilweise sogar überschneiden. Das hat natürlich auch entsprechende Konsequenzen für die Haushalts-Einkommen. Genauer dürfte auf Haushalts-Ebene der Überschneidungsbereich von Arbeitseinkommen einerseits und Sozialhilfeeinkommen andererseits noch *größer* sein: Plausibel wird das z. B., wenn man einerseits einen vollzeitbeschäftigten, aber niedrig bezahlten Mann mit einer nicht-erwerbstätigen Ehefrau, die keine Ansprüche auf Lohnersatzleistungen (mehr) hat, sowie ein oder zwei Kindern gegenüberstellt mit andererseits einer Familie gleicher Größe, die nur Sozialhilfe bezieht, also neben den personenbezogenen Regelsätzen auch noch Mietunterstützung. Setzen sich Pläne der Bundesregierung durch, die Anspruchsvoraussetzungen der Arbeitslosenhilfe denen der Sozialhilfe teilweise anzupassen, also das Leistungsniveau zu senken, ergibt sich auch von daher eine weitere „Verarmungstendenz".

Es wäre daher nicht überraschend, wenn sich bis heute der Anteil von „einkommensarmen" Haushalten im Osten an das westliche Armutsniveau schon angepaßt hätte oder es bald überschreitet. Noch war 1990 und 1991 (im Frühjahr) jedenfalls nach den Ergebnissen des *Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)* für Ostdeutschland der Anteil von „einkommensarmen" Haushalten an allen Ost-Haushalten (gemessen mit den Kriterien für Westdeutschland und einer 50 vH-Armutsschwelle) mit knapp 3 vH bzw. 5 vH sehr gering[38]). Verläßt man dagegen einen *einkommens*bezogenen Armutsbegriff, kann sich das Armutsproblem der Haushalte im Osten als noch viel schärfer darstellen: Die *Mietbelastung* in den neuen Bundesländern nimmt z. B. stark zu, auch wenn sie noch von den oben erwähnten Schmerzgrenzen in den alten Bundesländern entfernt sind. Nach Angaben des Deutschen Mieterbunds müssen allerdings jetzt schon 10 vH der Mieter in den neuen Bundesländern mehr als 30 vH ihres verfügbaren Haushalts-Einkommens für Wohnkosten ausgeben; die Realisierung der Regierungspläne zur weiteren Erhöhung der Miete ab 1. 1. 1993 würde sogar für breite Kreise einschließlich Betriebs- und Heizkosten schon ein „West-Niveau" ergeben[39]). Und es liegen Indizien vor, daß der *Verschuldungsgrad* in den neuen Bundesländern nicht zuletzt im Zuge der Nachwendezeit und des konsumtiven Nachholbedarfs überproportional groß ist[40]).

5. Aus dem Erwerbsleben ausgegrenzte Personen und Haushalte

Mit den obigen Ausführungen zu den individuell „ungerecht" bezahlten Arbeitnehmern sowie den „zu niedrig" dotierten Haushalten in West- und Ostdeutschland ist zum wiederholten Male deutlich geworden, daß Armut *nicht* auf die Einkommen von Arbeitslosen sowie Sozialhilfeempfängern und deren Haushalte beschränkt ist, also auch Armutspolitik nicht auf diese Gruppen beschränkt werden darf. Ebenso hat die Relativierung selbst „mittlerer" Einkommen durch ständig steigende Mietbelastungen erneut die Notwendigkeit eines Armutsbegriffs deutlich gemacht, der von der Fixierung auf *Einkommens*verhältnisse übergeht auf die Berücksichtigung von *Lebenslagen*. Trotzdem bleibt darin das Einkommen ein wichtiger und sogar häufig dominanter Faktor bzw. bedeutet die Verbesserung von Einkommen in vielen Fällen auch das Erreichen günstigerer Lebenslagen. Und trotzdem bleiben Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger quantitativ und qualitativ der *Kern* des Armutsproblems.

Dies gilt es zu bedenken, wenn hier diesen beiden Gruppen und ihren Haushalten aus *Platzgründen* im Gegensatz zu früheren WSI-Verteilungsberichten nur wenig Raum gewidmet wird. Die Problematik dieser beiden Gruppen ist jedenfalls im Westen wenig verändert, während sie im Osten im Zuge der Umstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen erstmals entstanden ist und in kurzer Zeit besorgniserregende Dimensionen erreicht hat. Dazu nur einige generelle Anmerkungen: Im Westen ist zwar die registrierte Arbeitslosigkeit in 1991 wie 1990 wieder leicht zurückgegangen, aber die Zahl der Empfänger von Sozialhilfe (laufender Hilfe zum Lebensunterhalt) ist zumindest 1990 wieder bzw. weiter auf ein neues Rekordniveau von 2,8 Mill. Personen gestiegen; und vor allem ist darunter der An-

37) Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP) Ost 1990/91 nach Angaben von *Holst, E., Schupp, J.*, Frauenerwerbstätigkeit, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1992, a.a.O., S. 462 ff., hier S. 467 f.

38) Vgl. *Habich, R., Krause, P.*, Niedrigeinkommen . . ., a.a.O., S. 492 f. zu weiteren Details.

39) Zitiert nach Handelsblatt vom 10. 6. 1992: Mieterbund: Pläne weder bezahlbar noch praktikabel.

40) Vgl. dazu *Möller, M.*, „Unterm Strich bleibt für viele Ostdeutsche ein sozialer Abstieg – Ergebnisse der Untersuchung über die Neuverschuldung der privaten Haushalte in Thüringen", in: Frankfurter Rundschau (Dokumentationsseite) vom 6. 8. 1992.

teil derjenigen, die (außerhalb von Einrichtungen) als *Hauptursache* für den Sozialhilfebezug *Arbeitslosigkeit* angeben und damit die *größte* Empfängergruppe stellen, so gut wie unverändert (1990: 32,1 vH; 1989: 32,6 vH)[41]), was auf einen eher wachsenden Kern von Langzeitarbeitslosigkeit hindeutet. Im *Osten* dagegen ist die Zahl der Empfänger von „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" noch relativ gering; aber das absehbar weitere Anwachsen von Arbeitslosigkeit, die von der Bundesregierung geplante Beschränkung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und vor allem die schwindenden Perspektiven auf Anschlußbeschäftigung aus der Arbeitslosigkeit heraus bzw. nach Ablauf von Maßnahmen der *Bundesanstalt für Arbeit* lassen bald ein rapides Anwachsen der Sozialhilfeempfänger auch im Osten befürchten[42]). Diese Entwicklung hätte nicht nur für die unmittelbar Betroffenen schlimme Folgen; weil die Kommunen weitgehend die Sozialhilfelasten tragen, würde durch deren rapides Anschwellen im Osten – noch stärker als schon im Westen zu beobachten – die kommunale Investitionsfähigkeit leiden, der Infrastrukturaufbau im Osten zusätzlich behindert und damit vor Ort auch für andere Bürger als Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger eine Fülle von Nachteilen entstehen.

Diese Probleme und die genannten Problemgruppen stehen im Westen schon seit Jahren im Mittelpunkt der „Armutsdiskussion", die jetzt durch die Armutsperspektiven im Osten verstärkt wird[43]). Leider beschränkt sie sich immer noch zu einem großen Teil auf Kreise in den Sozialwissenschaften, in Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und seit einiger Zeit auch Gewerkschaften, während die allgemeine Öffentlichkeit und vor allem die Politik sich damit nur zögerlich befassen. Immerhin nimmt zumindest auf kommunaler Ebene der Versuch einzelner Städte zu, durch eigene „Armutsberichte" für ihren Bereich zumindest die Problemsensibilität zu vergrößern[44]). Um der seit Jahren vertretenen Forderung nach einer *systematischen* und insbesondere *nationalen „Armutsberichterstattung"* mehr Nachdruck zu verschaffen, ist vor kurzem vom *Deutschen Gewerkschaftsbund* und vom *Paritätischen Wohlfahrtsverband-Gesamtverband* ein Projekt beschlossen worden, das bis Herbst 1993 die Erstellung eines beispielhaften Armutsberichts vorsieht. Er bezieht sich zwar angesichts des Problemdrucks in erster Linie auf die neuen Bundesländer, er wird aber in Fortsetzung des 1989 vom *Paritätischen Wohlfahrtsverband* vorgelegten ersten „Armutsberichts" für den Westen auch die Lebenslagen in den alten Bundesländern miteinbeziehen. Das Projekt ist möglicherweise der Grundstein für eine *regelmäßige* Armutsberichterstattung zumindest von Verbandsseite, wenn sich die Politik und die amtliche Statistik weiter einer solchen Aufgabe verweigern[45]).

6. Zukünftige Verteilungspolitik: „Geteiltes Leid ist halbes Leid"?

Armut und darunter Einkommensarmut sind in der Regel die Folge von tieferen ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen. Aber die Ursachen-Wirkungs-Kette kann sich auch umkehren, wenn die Armut eine qualitative Dimension erreicht, die den ökonomischen und gesellschaftlichen Prozeß insgesamt vergiftet und das ganze System bzw. seine ökonomische Funktionalität wie seinen demokratischen Zusammenhalt gefährdet. Auf der kürzlichen *WSI-Tagung* in Bonn am 29. 9. 1992 „Einheit als Aufgabe – Eine Zwischenbilanz zwei Jahre nach der (deutschen) Vereinigung" ist anhand der materiellen Aspekte von Arbeitslosigkeit und Armutsperspektiven in Ostdeutschland, aber gerade auch anhand der immateriellen Aspekte (Minderwertigkeitsgefühle, Depressionen, Familienzerrüttungen, Aggressionen, Gewaltbereitschaft usw.) diese *Gefahr* sehr plastisch belegt und verdeutlicht worden[46]). Aber auch für den Westen ist diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen, ja teilweise schon *Realität* geworden (siehe das Beispiel *Italien*, das vor 120 Jahren geeinigt wurde, aber immer noch gespalten ist und jetzt wegen dieser Spaltung als Ganzes bedroht wird; siehe aber auch das abschreckende Beispiel der *USA*[47]).

Man kann jedenfalls für die alte Bundesrepublik davon ausgehen, daß die *„Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse"* im Rahmen des *Föderalismus*, der verfassungspolitisch ohnehin zu den *unveränderbaren* Bestandteilen des Grundgesetzes gehört, auch auf ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene eine tragende Voraussetzung für den Erfolg des „Modells Deutschland" war – bei aller Reformbedürftigkeit dieses Modells im einzelnen – und deshalb auch im größeren Deutschland (wieder) hergestellt werden muß. Es kann also schon deshalb und nicht nur aus sozialen Gründen gar nicht die Frage gelten, *ob* die Anpassung bzw. Heranführung des Ostens an westliche Standards erfolgen soll, sondern nur – da die Anpassung nötig ist – die Frage, *wie* sie möglichst *schnell* erfolgen kann. Auch darauf ist auf der erwähnten *WSI-Tagung* eine Antwort gegeben worden: Trotz der Größe des Anpassungsproblems ist eine Bewältigung generell möglich, unter anderem auch, weil das ökonomische System trotz der Lasten *nicht* überfordert wird, im Moment jedenfalls eher *unterfordert* ist. Und im Detail sind mehrere *Vorschläge* gemacht worden, die zum großen Teil auf stärkeres Umverteilen von West nach Ost hinauslaufen, z. B.: Eine stärkere *Besteuerung* von *hohen* Einkommen und Gewinnen in Höhe eines Volumens von 50 Mrd. DM (oder alternativ zur Vermeidung einer entsprechenden zusätzlichen Steuerschuld: die Investition des dreifachen Betrags im Osten), eine deutliche *Beschleunigung der Arbeitszeitverkürzung*[48]), gezielte *Lohnkostenzuschüsse* in Ergänzung nötiger hoher Kapitalsubventionen für sanierungsfähige Unternehmen, eine *bedarfsorientierte Mindestsicherung* in Ergänzung der bestehenden Sozialversicherungssysteme[49]).

Die damit zu den schon bestehenden und kaum rückgängig zu machenden Lasten (wie Abgabenerhöhungen, Tabak-, Versicherungs-, Mineralöl- und Mehrwertsteuererhöhung) *zusätzlich* hinzukommenden Belastungen – im wesentlichen mehr direkte Steuern für „höhere" Einkommen und weniger oder gar kein Lohnausgleich bei verstärkter Arbeitszeitverkürzung – müssen auch von den Arbeitnehmern hingenommen werden, weil sie nur mit einer erfolgreichen Aufbau- und Aufholpolitik im Osten auch die Voraussetzungen für eine dauerhafte Funktionsfähigkeit des Westens bzw. des Ganzen schaffen können. Illusionär wäre es, in dieser historischen Situation nach dem *Motto* des Leoparden-Fürsten im gleichnamigen Roman von *Lampedusa* zu verfahren, der vor 120 Jahren auf *Sizilien* die Auswirkungen der italienischen Vereinigung wie folgt bewältigen will: „Es muß sich etwas ändern, damit alles so bleibt wie es ist". Zu fürchten ist aber gerade, daß die Weiterverfolgung dieses Mottos, nach dem die bisherige Vereinigungspolitik im wesentlichen verfährt, letztlich genau das Gegenteil seiner Verfechter erzeugt und mehr verändert oder gar zerstört, als ihnen und uns allen recht sein darf. Statt dessen sollte man sich lieber an ein anderes *Motto* halten, das in einer vergleichbaren historischen Situation von *John Meynard Keynes* 1929 ausgegeben wurde, als er nach einer ein Jahrzehnt währenden sehr hohen Arbeitslosigkeit in England die immer noch andauernde und sogar zur Verschärfung anstehende „Konsolidierungspolitik" seiner Regierung als „dumm und töricht" kritisierte und mit folgender Mahnung schloß: „Es liegt kein Grund vor, warum wir uns nicht frei fühlen sollten, kühn und offen zu sein, zu erproben, zu handeln, alle Möglichkeiten der Dinge zu versuchen. Und über uns gebeugt, in unserem Wege stehend, sind nichts weiter als ein paar alte Herren (. . .), die nur mit etwas freundlicher Mißachtung behandelt und wie Kegel über den Haufen geworfen werden müssen"[50]).

Doch kann die Bewältigung der deutschen Vereinigung und des dazu nötigen Verteilungsprozesses nicht bedeuten, darüber die anderen Verteilungsprobleme zu vergessen. Ja diese sollten mit ersterem sogar *verknüpft* werden, wie das mit einer bedarfsorientierten Grundsicherung und vor allem auch mit der Arbeitszeitverkürzung möglich ist. Gerade die verstärkte Arbeitszeitverkürzung bietet sich erst recht nach der Vereinigung als „Mehrzweckwaffe" in vielen Fragen, auch Verteilungsfragen, an. Sie macht zugleich deutlich, daß es neben dem Teilen von Geld auch um das Teilen von Arbeitsvolumen und anderes mehr geht. Aber sie macht auch sichtbar, daß „Teilen" für die deutsche Vereinigung wie unabhängig davon nicht nur ein „Opfer" an Lohnzuwächsen oder sogar Lohnbesitzständen zugunsten anderer ist; Arbeitszeitverkürzung hat auch erhebliche *individuelle* Vorteile für jeden einzelnen und jede einzelne – die hier nach jahrelanger gewerkschaftlicher Diskussion als bekannt vorausgesetzt werden können. Deshalb muß die Formel: „Geteiltes Leid ist halbes Leid" in der Konsequenz gar nicht zutreffen; vielleicht gilt wegen der Vorteile der Arbeitszeitverkürzung auch: „Geteiltes Leid ist halbe Freud'".

---

41) Vgl. die Angabe bei *Beck, M.*, Sozialhilfeempfänger 1990, in: Wirtschaft und Statistik 5/1992, S. 299 ff, hier S. 307.

42) Vgl. z. B. *Bäcker, G.*, Solidarische Bewältigung der Einigungsfolgen – Sozialpolitische Herausforderungen im vereinigten Deutschland, in: Huster, Hickel, R., und Kohl, H., (Hrsg.), Umverteilen, Köln 1992, erscheint demnächst.

43) Vgl. zu dieser Diskussion z. B. in letzter Zeit für Ostdeutschland: *Manz, G.*, Armut in der „DDR"-Bevölkerung – Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg 1992. Zu den westdeutschen Verhältnissen vgl. *Hübinger, W.*, Zur Lebenslage und Lebensqualität von Sozialhilfeempfängern – eine theoretische und empirische Armutsuntersuchung, hrsg. vom Deutschen Verein für Öffentliche und Private Fürsorge, Frankfurt/Main 1991. – *Werth, B.*, Alte und neue Armut in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991; das Schwerpunktheft der Zeitschrift *Widersprüche* 41/1991 zu „Armut kein Thema?". – *Fischer, I.*, Staatliche Einkommenssicherung und Niedrigeinkommenshaushalte – ein institutioneller und empirischer Vergleich für die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York 1992.

44) Vgl. z. B. Armut in Lübeck, Analyse der Situation und Möglichkeiten zu ihrer kommunalen Bekämpfung, Gutachten im Auftrag der Hansestadt Lübeck, Hamburg 1991.

45) Weitere Informationen zu dem geplanten Projekt unter Leitung von Prof. *Walter Hanesch*, finanziert vom *Wohlfahrtsverband* und der *Hans-Böckler-Stiftung*, finden sich bei *Martens, R.*, Armut im vereinigten Deutschland, in: Die Mitbestimmung 7/1992, S. 19 ff.

46) Siehe insbesondere den Vortrag von *Christiane Bialas*, Ökonomischer Strukturwandel und sozialer Umbruch – Anforderungen an die Politik, wird demnächst veröffentlicht.

47) Das kürzlich von *John Kenneth Galbraith* in eindrucksvoller Weise mit bestürzendem Ergebnis seziert wurde, vgl. *derselbe*, Herrschaft der Zufriedenen – Die Kapitulation der Demokratie vor der Armut, in: Der Spiegel 36/1992, S. 136 ff. sowie *derselbe*, Die Herrschaft der Bankrotteure, Köln 1992.

48) Zu beiden Vorschlägen vgl. den Vortrag von *Schäfer, C.*, Teilen von West nach Ost.

49) Zu den letzten beiden Vorschlägen vgl. die Referate von *Bispinck, R.*, Tarifpolitik zwischen Einkommensangleichung und Arbeitsplatzsicherung, sowie von *Bäcker, G.*, Sozialpolitik zwischen Überforderung und Strukturreformen.

50) Vgl. *Keynes, J. M.*,, Ein Programm der Ausweitung, in: Mattfeldt, H., Keynes – kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S. 126.